Sparkasse
Gütersloh-Rietberg-Versmold

Jahresbericht

2025

Sparkasse Gütersloh-Rietberg-Versmold

- Zweckverbandssparkasse der Städte Gütersloh, Rietberg und Versmold
  sowie des Kreises Gütersloh -

Jahresbericht 2025

163. Geschäftsjahr

Hauptgeschäftsstelle:	Konrad-Adenauer-Platz 1 33330 Gütersloh
	Postfach 30 51 33260 Gütersloh
	Tel. 05241-1011
Geschäftsstellen in Gütersloh:	Rhedaer Straße 25
	Carl-Bertelsmann-Straße 81
	Avenwedde-West, Avenwedder Straße 52
	Isselhorst, Haller Straße 135
Geschäftsstelle in Harsewinkel:	Münsterstraße 6
Geschäftsstellen in Rietberg:	Bahnhofstraße 39
	Mastholte, Alter Markt 17
Geschäftsstelle in Versmold:	Münsterstraße 15

Internet:	https://www.sparkasse-guetersloh-rietberg-versmold.de
E-Mail:	info@spk-grv.de

Die Sparkasse Gütersloh-Rietberg-Versmold ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe, Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin und Bonn, angeschlossen.

Lagebericht 2025

1. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse Gütersloh-Rietberg-Versmold

Die Sparkasse Gütersloh-Rietberg-Versmold ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist beim Amtsgericht Gütersloh unter der Nummer A 4109 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse Gütersloh-Rietberg-Versmold ist der Sparkassenzweckverband der Städte Gütersloh, Rietberg und Versmold sowie des Kreises Gütersloh. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Gütersloh. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers, die kreisfreie Stadt Bielefeld und die an den Kreis Gütersloh angrenzenden Kreise.

Organe der Sparkasse sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Die Sparkasse ist Mitglied im Sparkassenverband SVWL und über dessen Sparkassen-Teilfonds dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt. Das Sicherungssystem stellt im Entschädigungsfall sicher, dass den Kunden der Sparkassen der gesetzliche Anspruch auf Auszahlung ihrer Einlagen gemäß dem EinSiG erfüllt werden kann („gesetzliche Einlagensicherung“). Darüber hinaus ist es das Ziel des Sicherungssystems, einen Entschädigungsfall zu vermeiden und die Sparkassen selbst zu schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz zu gewährleisten („diskretionäre Institutssicherung“).

Die Sparkasse bietet als selbstständiges regionales Wirtschaftsunternehmen zusammen mit ihren Partnern aus der Sparkassen-Finanzgruppe Privatkunden, Unternehmen und Kommunen Finanzdienstleistungen und -produkte an, soweit das Sparkassengesetz oder die Satzung keine Einschränkungen vorsehen. Der im Sparkassengesetz verankerte öffentliche Auftrag verpflichtet die Sparkasse, mit ihrer Geschäftstätigkeit in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft – insbesondere des Mittelstands – und der öffentlichen Hand mit Bankdienstleistungen sicherzustellen.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich bis zum 31. Dezember 2025 gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig um 0,7 % auf 445 verringert. Von den Beschäftigten sind 242 vollzeitbeschäftigt, 166 teilzeitbeschäftigt sowie 37 in Ausbildung. Der leichte Rückgang ist die Folge einer natürlichen Fluktuation.

Die Sparkasse Gütersloh-Rietberg-Versmold betreibt 18 Geschäftsstellen in ihrem Geschäftsgebiet, wovon 9 Geschäftsstellen als SB-Filialen betrieben werden. Im Laufe des Berichtsjahres wurde eine Geschäftsstelle in eine SB-Filiale umgewandelt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2025

Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft blieben auch im Jahr 2025 herausfordernd. Geopolitische Konflikte, wirtschaftliche und politische Differenzen zwischen den USA, anderen westlichen Industrieländern und China, aber auch tiefgreifende strukturelle Anpassungsprozesse prägten die Weltwirtschaft und insbesondere die globalen Handelsbeziehungen. Dazu kamen die Zollerhöhungen der USA, die zunächst für erhebliche Unsicherheit und verschiedene Vorzieheffekte sorgten, seit dem Inkrafttreten der Zölle eine reale Belastung des Außenhandels darstellen und die Umleitung von Handelsströmen zur Folge haben.

Die weltweite Wirtschaftsleistung nahm im Jahr 2025 nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) – wie bereits im Vorjahr – um 3,3 % zu. Trotz der vielfältigen Belastungen erwies sich

die globale Konjunktur damit als insgesamt robust, blieb jedoch weiterhin hinter der Dynamik der Vor-Corona-Jahre zurück. Unter den Industrieländern wuchsen die USA überdurchschnittlich (+2,1 %), während sich Europa weiterhin verhalten entwickelte (Eurozone: +1,4 %).

Der Welthandel legte 2025 um 4,1 % zu. Nach Schätzungen der Welthandelsorganisation (WTO) stieg der weltweite Warenaustausch um 2,4 % (Vorjahr: +2,8 %). Der Handel mit Dienstleistungen wuchs mit 4,6 % weiterhin dynamischer als der Warenhandel, wenngleich sich die Expansion gegenüber 2024 (6,8 %) abschwächte. Die deutsche Wirtschaft, die stark auf den Export von Industriegütern ausgerichtet ist, konnte von dieser Entwicklung folglich nicht profitieren.

Die deutsche Industrie verliert seit einigen Jahren an Wettbewerbsfähigkeit, während andere Volkswirtschaften, insbesondere China – vor allem in den für Deutschland zentralen Industriezweigen Automobil, Chemie und Maschinenbau – zulegen. Dabei sehen sich die deutschen Unternehmen zunehmend mit strukturellen Herausforderungen konfrontiert. Dazu gehören einerseits die Verschlechterung heimischer Standortbedingungen, andererseits Entwicklungen im internationalen Kontext wie Zollerhöhungen, die wachsende Konkurrenzfähigkeit chinesischer Produkte und technologische Entwicklungen, in denen insbesondere die USA und China stärker aufgestellt sind (z. B. künstliche Intelligenz, E-Mobilität).

Vor diesem Hintergrund stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland im Jahr 2025 nach zwei Rückgängen in Folge geringfügig an (+0,2 %). Positiv zum Wachstum beigetragen (0,8 %-Punkte bzw. 0,3 %-Punkte) haben die privaten und die staatlichen Konsumausgaben, die um 1,6 % bzw. 1,3 % zulegten. Die Exporte der deutschen Wirtschaft entwickelten sich im Jahr 2025 rückläufig (-0,4 %). Da die Importe deutlich um 3,6 % zunahmen, reduzierte der Außenbeitrag das gesamtwirtschaftliche Wachstum um 1,5 Prozentpunkte.

Die Bruttoanlageinvestitionen sanken leicht um 0,2 % (2024: -3,3 %) und wirkten sich damit kaum auf das BIP-Wachstum aus. Die Ausrüstungsinvestitionen waren das dritte Jahr in Folge rückläufig (-1,9 %). Dabei zeigen die Einzeldaten, dass die Ausrüstungsinvestitionen der nichtstaatlichen Sektoren zurückgingen (-5,8 %, nach -6,2 % im Vorjahr), während die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen um 33,1 % zulegten.

Auch der Rückgang der Bauinvestitionen setzte sich fort (-0,6 %), allerdings nicht mehr in dem Maße wie in den Vorjahren 2021 bis 2024. Die Bauinvestitionen reduzierten das BIP im Berichtsjahr um 0,1 Prozentpunkte.

Die schwierige Wirtschaftslage hinterließ im Berichtsjahr 2025 deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitslosen stieg das dritte Jahr in Folge und überschritt im Sommer zeitweise die Grenze von 3 Millionen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 6,0 % (2024) auf 6,3 % und erreichte damit den höchsten Stand seit 2015 (6,4 %). In Nordrhein-Westfalen lag die jahresdurchschnittliche Quote bei 7,8 % (Vorjahr: 7,5 %). Die Zahl der Erwerbstätigen blieb im Jahresdurchschnitt 2025 praktisch unverändert, ähnlich wie im Vorjahr (+0,1 %).

Die steigende Arbeitslosigkeit ist nach Einschätzung der Creditreform Wirtschaftsforschung – neben den gestiegenen Lebenshaltungskosten – eine der Ursachen für die weitere Zunahme der Verbraucherinsolvenzen. Diese stiegen im Jahr 2025 um 6,5 % auf 76.300 Fälle, und damit auf den höchsten Wert seit dem Jahr 2021.

Bei den Unternehmensinsolvenzen setzte sich der Anstieg im Jahr 2025 fort (+8,3 %), verlor jedoch gegenüber 2024 (+22,5 %) an Dynamik. Mit rund 23.900 Fällen erreichte die Zahl den höchsten Stand seit 2014. Dabei verzeichneten alle Wirtschaftssektoren eine weitere, wenn auch im Vergleich zum Vorjahr abgeschwächte Zunahme der Insolvenzen. Am stärksten fiel der Anstieg im Handel (+10,4 %) und im verarbeitenden Gewerbe (+10,3 %) aus.

Das Insolvenzrisiko hat sich in den letzten vier Jahren deutlich erhöht: Die Insolvenzquote stieg von 47 (2021) auf 76 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen. Mit einer Insolvenzquote von 99 blieb das Baugewerbe der mit Abstand am stärksten von Insolvenz bedrohte Wirtschaftsbereich.

Nach den hohen Preissteigerungen der Vorjahre hatte sich die Inflation bereits im Vorjahr deutlich abgeschwächt und verharrte im Berichtsjahr 2025 auf diesem Niveau (+2,2 %). Die Kerninflationsrate lag mit +2,8 % weiterhin über der Gesamtinflation, setzte jedoch ihren Abwärtstrend fort.

Vor dem Hintergrund des geringeren Preisauftriebs führten die um nominal 3,1 % gestiegenen verfügbaren Einkommen zu Realeinkommenszuwächsen der privaten Haushalte. Die Konsumausgaben nahmen mit nominal +4,2 % noch stärker zu. Entsprechend ging die Sparquote auf 10,3 % zurück und entsprach damit in etwa dem Durchschnittswert seit Ende der 1990er-Jahre.

Der Immobiliensektor entwickelte sich im Jahr 2025 weiterhin verhalten. In realer Rechnung sanken die Bauinvestitionen das fünfte Jahr in Folge: insgesamt um 0,6 %, im Wohnungsbau um 2,0 %. Im Vergleich zum Vorjahr verlangsamte sich der Rückgang damit jedoch.

Trotz der schwachen Bautätigkeit mehrten sich im vergangenen Jahr die Anzeichen für eine Belebung im Wohnungsbau. So stieg die Zahl der Baugenehmigungen erstmals seit 2021 wieder an. Mit 238.500 genehmigten Wohnungen lag sie um 10,8 % über dem Vorjahr. Allerdings relativiert sich der starke prozentuale Zuwachs vor dem Hintergrund des sehr niedrigen Ausgangsniveaus von 2024, das den geringsten Stand seit 2010 markiert hatte.

Ebenfalls positiv entwickelten sich die Zusagen für Wohnungsbaukredite und auch die Preise für Wohnimmobilien zogen weiter an. Der Häuserpreisindex stieg in den ersten drei Quartalen 2025 jeweils um rund 1 % gegenüber dem Vorquartal; im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal lagen die Preise um 3 % bis 3,5 % höher. Trotz der zwischenzeitlichen Korrektur bleibt das Preisniveau vergleichsweise hoch.

„Konjunktur kommt nicht vom Fleck“ lautet der Titel des Frühjahrs-Konjunkturberichts 2026 der IHK Ostwestfalen zu Bielefeld. Quintessenz der Umfrage, an der sich 1.720 Unternehmen mit mehr als 118.000 Beschäftigten beteiligt haben, ist, dass geopolitische Unsicherheiten, hohe Standortkosten und eine schwache Inlandsnachfrage auch viele in Ostwestfalen ansässige Betriebe belasten. Der Konjunkturklimaindex für die gesamte ostwestfälische Wirtschaft ist im Vergleich zum Vorjahresbericht von 94 auf 105 Punkte gestiegen und liegt damit wieder über der 100er-Linie, die für eine ausgeglichene Stimmung steht. Die Umfrage unterstreicht die strukturellen Belastungen: Als Geschäftsrisiken nennen die Unternehmen nicht nur die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (71 %), sondern auch strukturelle Faktoren wie gestiegene Arbeitskosten (65 %) und hohe Energiepreise (40 %). Die schwache Nachfrage im Inland (59 %) ist ebenfalls ein Problem.

Die Geldpolitik in den großen Industrieländern unterschied sich im Jahr 2025 stärker als im Vorjahr. Allerdings setzten die meisten Notenbanken ihren Zinssenkungskurs im Grundsatz fort. Die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) ließ den Leitzins bis September 2025 zunächst unverändert, bevor sie den Leitzins in drei Schritten von einer Bandbreite von 4,25 % - 4,50 % auf 3,50 % - 3,75 % absenkte.

Die Europäische Zentralbank (EZB) setzte ihren im Sommer 2024 begonnenen Zinssenkungskurs im ersten Halbjahr 2025 fort. Der Einlagensatz sank in vier Schritten von 3,0 % auf 2,0 % und der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte von 3,15 % auf 2,15 %. Nach der letzten Zinssenkung am 11. Juni 2025 blieben die Leitzinsen unverändert. Gleichzeitig trieb die EZB den Abbau ihres Anleiheportfolios voran, was der Lockerung der monetären Rahmenbedingungen tendenziell entgegenwirkte.

Die Entwicklung an den langfristigen Anleihemärkten verlief im Jahr 2025 nicht parallel zur Senkung der Leitzinsen. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen, die auch für das Kundengeschäft eine wichtige Bezugsgröße darstellt, lag zu Jahresbeginn 2025 bei 2,37 %. Im weiteren Jahresverlauf erhöhte sie sich unter Schwankungen und belief sich zum Jahresende auf 2,86 %.

Trotz des unsicheren weltwirtschaftlichen Umfelds war das Jahr 2025 erneut ein sehr gutes Börsenjahr. Alle großen Aktienindizes legten mit zweistelligen Raten zu. Der Nasdaq 100 stieg nach einem Plus von mehr als einem Viertel im Vorjahr erneut kräftig an (+20,5 %), während der Dow Jones mit +13 % erneut schwächer zulegte. Ebenfalls deutlich überdurchschnittlich zeigte sich der Deutsche Aktienindex (DAX). Trotz der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland verzeichnete er ein Plus von rund 23 % im Jahresverlauf und erreichte neue Allzeithochs.

Branchenumfeld

In einem weiterhin herausfordernden gesamtwirtschaftlichen Umfeld zeigten sich die deutschen Kreditinstitute nach Einschätzung der Deutschen Bundesbank im Jahr 2025 insgesamt stabil und solide kapitalisiert.

Die Kreditvergabe belebte sich im Berichtsjahr weiter, wenn auch auf niedrigem Niveau. Der Bestand der Kredite an inländische Nichtbanken stieg von Ende 2024 bis Ende 2025 um 3,7 % (Vorjahr: +1,4 %). Dabei nahmen insbesondere die Kredite an öffentliche Haushalte überdurchschnittlich zu. In geringerem Maße, aber auch überdurchschnittlich, legte der Bestand an Unternehmenskrediten zu, dieser lag zum Jahresende 2025 4,4 % über dem Vorjahreswert (2024: +1,0%).

Das gesamte Neukreditvolumen für den privaten Wohnungsbau lag im Jahr 2025 rund 21 % über dem Volumen des Vorjahres (2024: ca. +23 %). Dennoch lag es damit weiterhin unter den Werten in den Rekordjahren 2019 bis 2022.

Eine ähnliche Entwicklung verzeichneten auch die Sparkassen in Westfalen-Lippe. Das Kredit-Neugeschäft hat sich erneut klar verbessert, blieb jedoch deutlich hinter dem Volumen unmittelbar vor der EZB-Zinswende zurück. Im Neugeschäft mit Unternehmen und Selbständigen kam es zu einer Zunahme um 19,2 % (2024: +2,2 %), bei den Darlehenszusagen für den privaten Wohnungsbau um 20,9 % (2024: +25,1 %).

Der Bestand der Kundenkredite nahm um 2,6 % zu. Gestützt wurde das Wachstum der Kundenkreditbestände vom Kreditgeschäft mit Firmenkunden. Der Kreditbestand der Unternehmen und Selbständigen stieg um 2,2 % an (Vorjahr: +1,6 %). Aber auch im Geschäft mit privaten Kunden (+1,8 %) und mit öffentlichen Haushalten (+27,2 %) führte die anziehende Nachfrage zu deutlichen Bestandszuwächsen.

Auf der Passivseite kam es bei den Kreditinstituten im Inland im Jahresverlauf 2025 zu einer Zunahme der Einlagen von Nichtbanken um 2,5 % (2024: +4,2 %). Dabei legten die Sichteinlagen wieder stärker zu (+6,3 % nach +3,5 % im Vorjahr). Die Termineinlagen dagegen gingen leicht zurück (-0,7 %) nach einer deutlichen Zunahme im Vorjahr (+8,6 %).

Die Spareinlagen setzten ihren Abwärtstrend im Berichtsjahr fort (-3,9 %, nach -8,9 % in 2024). Auch der Bestand an Sparbriefen ging im Berichtsjahr zurück (-1,2 %). Hier hatte sich nach zuvor hohen Steigerungsraten (2023: +311 %, 2024: + 11 %) bereits zum Jahresende 2024 eine rückläufige Nachfrage abgezeichnet.

Auch das Einlagengeschäft der westfälisch-lippischen Sparkassen war im Jahr 2025 durch Mittelzuflüsse und zinsinduzierte Umschichtungen geprägt. Der Gesamtbestand der Kundeneinlagen legte um 1,6 % zu, getrieben insbesondere durch das Privatkundengeschäft. Dabei setzte sich der Rückgang der Spareinlagen weiter fort. Seit dem Beginn der EZB-Zinswende verzeichneten die westfälisch-lippischen Sparkassen einen Rückgang der Spareinlagen um mehr als 40 %.

Nach den hohen Mittelzuflüssen bei Eigenemissionen und Termineinlagen im Vorjahr (+41,7 % bzw. +11,4 %), verzeichneten die westfälisch-lippischen Sparkassen im Berichtsjahr 2025 Abflüsse bei diesen Anlageprodukten (-4,3 % bzw. -2,5 %). Bei täglich fälligen Geldern verzeichneten die westfälisch-lippischen Sparkassen starke Mittelzuflüsse (+5,8 %). In der Folge erhöhte sich der Anteil der täglich fälligen Einlagen an den gesamten Kundeneinlagen weiter und lag zum Jahresende 2025 bei 64 % (zum Vergleich 2015: 52,8 %; 2005: 27,2 %).

Das Umsatzwachstum im Kundenwertpapiergeschäft der westfälisch-lippischen Sparkassen hat sich im Jahr 2025 weiter fortgesetzt (+16,3 %) und erzielte den höchsten jemals erreichten Wert. Auch der Nettoabsatz an Kunden stieg kräftig.

Die Bundesbank konstatiert in ihrem Finanzstabilitätsbericht 2025 eine breit angelegte, im historischen Vergleich jedoch moderate Zunahme der Risiken im Kreditgeschäft. Insgesamt seien die erwarteten Verluste für die Mehrheit der Institute beherrschbar, wirken jedoch dämpfend auf die Ertragslage der deutschen Kreditwirtschaft. Darüber hinaus sieht die Bundesbank die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute durch steigende Investitionskosten für die IT-Sicherheit und die Folgen der ab Juni 2024 erfolgten Leitzinssenkungen unter Druck.

Bei den Sparkassen in Westfalen-Lippe zeigte sich die zentrale Ertragsquelle „Zinsüberschuss“ gegenüber dem Vorjahr weiter verbessert. Beim Provisionsüberschuss konnte ebenfalls erneut eine Zunahme verzeichnet werden. Der Verwaltungsaufwand stieg wieder stärker, was insbesondere auf deutlich steigende Sachkosten zurückzuführen war. Die neugebildete Risikovorsorge im Kreditgeschäft der westfälisch-lippischen Sparkassen zeigte sich gegenüber dem Vorjahr rückläufig.

2.2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2025

Zum 1. Januar 2025 trat der größte Teil des aktualisierten Basel-III-Regelwerks als EU-Bankenpaket in Kraft, das aus der Capital Requirements Regulation (CRR III) als unmittelbar geltende Verordnung und der in nationales Recht umzusetzenden Capital Requirements Directive (CRD VI) besteht. Kernziele sind eine verbesserte Eigenkapitalausstattung, der Abbau von Bürokratie, die Integration von ESG-Risiken, also Risiken aus den Bereichen Umwelt (Environment), Soziales (Social) oder Unternehmensführung (Governance) sowie eine harmonisierte Aufsicht. Die Umsetzung der CRD VI in nationales Recht soll im Jahr 2026 mit dem Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz (BRUBEG) erfolgen. Insgesamt führen die Regelungen zu stärkeren Eigenkapitalanforderungen, da Risiken konservativer zu bewerten sind und infolgedessen mehr hartes Kernkapital vorzuhalten ist. Die Regeln für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken wurden überarbeitet und mit dem Ziel einer besseren Vergleichbarkeit der Banken und mehr Transparenz stärker standardisiert. Dabei profitieren kleinere, weniger komplexe Institute von vereinfachten Melde- und Offenlegungsverfahren. Gleichzeitig werden die Anforderungen an die Geschäftsorganisation, das Risikomanagement und die internen Kontrollen präzisiert. Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungs-Risiken müssen nunmehr systematisch in die Geschäftsstrategie und das Risikomanagement einbezogen werden. Ergänzend stärkt das Bankenpaket die Vorgaben zur Sanierung und Abwicklung von Banken, damit Institute im Krisenfall ohne Belastung von Steuerzahlern abgewickelt werden können.

Die im Mai 2024 veröffentlichte 8. MaRisk-Novelle entfaltete im Jahr 2025 ihre volle Wirkung, da die erstmals formulierten Anforderungen an das Risikomanagement von Kreditspreadrisiken im Anlagebuch bis zum 31. Dezember 2024 umzusetzen und somit im Geschäftsjahr 2025 anzuwenden waren.

Seit dem 17. Januar 2025 ist die EU-Verordnung „Digital Operational Resilience Act“ (DORA) verbindlich für Banken und andere Finanzinstitute in der EU anzuwenden, mit spürbaren Auswirkungen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Praxis der Institute. Mit DORA wurde ein harmonisierter, einheitlicher Rechtsrahmen für die digitale Betriebs- und Cyber-Resilienz im Finanzsektor geschaffen. In diesem Zusammenhang mussten Banken ihre Unternehmensführung, Risikoanalyse, Schutz-, Erkennungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen in Bezug auf Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) deutlich verbessern. Bestehende nationale IT-Richtlinien, wie z. B. die Bankaufsichtlichen Anforderungen an die IT (BAIT) wurden durch die Vorgaben der DORA ersetzt.

Mit der EU-Richtlinie Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) wird die nicht-finanzielle Berichterstattung zu einer Nachhaltigkeitsberichterstattung weiterentwickelt. Die Umsetzungsfrist der Richtlinie (bis zum 6. Juli 2024) wurde durch Deutschland versäumt, was zur Eröffnung eines Vertragsverletzungsverfahrens durch die EU geführt hat. Am 3. September 2025 hat die Bundesregierung einen neuen Entwurf des CSRD-Umsetzungsgesetzes beschlossen. Dieser Regierungsentwurf sieht weitestgehend eine vollständige Übernahme der bestehenden EU-Vorgaben in nationales Recht vor und enthält zudem Regelungen aus der sogenannten Omnibus-Initiative zur Änderung der CSRD. Dies betrifft insbesondere die künftige Einschränkung des Anwendungsbereichs der CSRD und die damit verbundene Verringerung des Kreises der zur Nachhaltigkeitsberichterstattung verpflichteten Unternehmen. Bis zum Inkrafttreten des CSRD-Umsetzungsgesetzes gilt weiterhin der bisherige Rechtsrahmen zur nichtfinanziellen Berichterstattung.

Des Weiteren wurden im Jahr 2025 für Banken wesentliche Neuerungen zur Geldwäschebekämpfung eingeführt, u. a. durch aktualisierte Auslegungs- und Anwendungshinweise (AuA) der BaFin zum Geldwäschegesetz, die ab dem 1. Februar 2025 anzuwenden waren. Der Fokus liegt auf strengeren risikobasierten Ansätzen, neuen Pflichten bei Krypto-Transaktionen, verstärkten Prüfungen der IT-Systeme und einer ab Oktober 2025 durchzuführenden Empfängerüberprüfung bei Überweisungen. Zum 1. Juli 2025 hat die neue europäische Anti-Geldwäsche-Behörde, Anti-Money Laundering Authority (AMLA), ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie soll künftig für eine effizientere und besser koordinierte Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sorgen.

2.3. Bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren

Die folgenden Kennzahlen, die der internen Steuerung dienen und in die Berichterstattung einfließen, wurden als bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren definiert:

- Ergebnis nach Steuern in Prozent der Durchschnittsbilanzsumme (DBS) =
  Jahresüberschuss (ohne Veränderung der Reserven nach § 340f und § 340g HGB) in % der DBS inkl. Neutrales Ergebnis; ermittelt gemäß Betriebsvergleich
- Wachstum der Forderungen an Kunden =
  Entwicklung des Forderungsbestands an Kunden; ermittelt über das Berichtssystem S-Data-warehouse (SDWH)
- Gesamtkapitalquote nach CRR =
  Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressen-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken)

2.4. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

	Bestand		Veränderung		Anteil an der Bilanzsumme
	31.12.2025	31.12.2024			31.12.2025
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%	%
Bilanzsumme	**3.676,2**	**3.625,8**	**50,4**	**1,4**	
DBS	**3.643,7**	**3.492,6**	**151,1**	**4,3**	
Geschäftsvolumen[1]	**3.771,5**	**3.724,8**	**46,7**	**1,3**	
Barreserve	49,7	65,1	-15,4	-23,7	1,4
Forderungen an Kreditinstitute	512,5	565,6	-53,1	-9,4	13,9
Forderungen an Kunden	2.685,6	2.603,1	82,5	3,2	73,1
Wertpapieranlagen	356,4	323,5	32,9	10,2	9,7
Beteiligungen / Anteilsbesitz	46,9	46,2	0,7	1,5	1,3
Sachanlagen	20,3	21,1	-0,8	-3,8	0,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	284,8	301,9	-17,1	-5,7	7,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.877,8	2.830,3	47,5	1,7	78,3
Rückstellungen	44,9	55,7	-10,8	-19,4	1,2
Eigenkapital	464,8	433,7	31,1	7,2	12,6

[1] Geschäftsvolumen =
Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sowie Wertberichtigungen und Vorsorgereserven

	2025	2024	Veränderung	
	%	%	%-Punkte	%
Bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren				
Ergebnis nach Steuern in % der DBS am 31.12.	0,85	0,70	+0,15	+21,4
Wachstum der Forderungen an Kunden p.a.	2,9	2,0	+0,9	+45,0
Gesamtkapitalquote nach CRR am 31.12.	16,22	18,09	-1,87	-10,3

2.4.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme ist im Verlauf des Berichtsjahrs leicht um 1,4 % auf 3.676,2 Mio. EUR gestiegen. Auf der Aktivseite waren insbesondere die Positionen Forderungen an Kunden und Wertpapieranlagen für den Zuwachs der Bilanzsumme verantwortlich. Die Forderungen an Kreditinstitute sind um 53,1 Mio. EUR gesunken, da das Kreditgeschäft stärker gewachsen ist als die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden. Die Forderungen an Kunden haben sich im Berichtsjahr um 82,5 Mio. EUR erhöht. Auf der Passivseite ergibt sich der Anstieg vor allem durch die Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie den Zuwachs beim Eigenkapital. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im Berichtsjahr leicht verringert. Das Geschäftsvolumen hat sich mit einer Veränderung von +1,3 % ähnlich wie die Bilanzsumme entwickelt. Die Durchschnittsbilanzsumme hat sich im Laufe des Berichtsjahrs um 4,3 % bzw. 151,1 Mio. EUR auf 3.643,7 Mio. EUR erhöht.

2.4.2. Aktivgeschäft
2.4.2.1. Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich von 565,6 Mio. EUR auf 512,5 Mio. EUR. Der Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im Vergleich zum Vorjahr weniger Forderungen an die eigene Girozentrale gehalten wurden. Zudem sind zwei Schuldscheine mit einem Nominalvolumen von insgesamt 14,0 Mio. EUR fällig geworden, sodass sich der Bestand an Schuldscheindarlehen auf 11,1 Mio. EUR reduziert hat. Das Übernachtguthaben bei der Deutschen Bundesbank ist um 10,0 Mio. EUR zurückgegangen. Das höhere Wachstum bei den Forderungen an Kunden im Vergleich zum Wachstum der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden hat hauptsächlich zur beschriebenen Entwicklung beigetragen.

2.4.2.2. Kundenkreditvolumen

Die Rahmenbedingungen im Kreditneugeschäft haben sich im Vergleich zum Jahr 2024 weiter leicht verbessert. Durch die leicht sinkenden Zinssätze und die Stabilisierung der Inflationsraten ist es zu einer weiteren Erholung der Kreditnachfrage im Jahr 2025 gekommen, sodass die Darlehenszusagen im Vergleich zum Vorjahr erneut erhöht werden konnten.

Der Bestand der Forderungen an Kunden ist im Berichtsjahr um 82,5 Mio. EUR und damit um 3,2 % gestiegen. Auf Ebene der Kundentypen zeigt sich dabei ein ähnliches Bild. Im gewerblichen Kreditgeschäft gab es Bestandszuwächse von 3,5 % bzw. 34,5 Mio. EUR. Der Darlehensbestand im Privatkundengeschäft hat sich mit 2,4 % bzw. 29,7 Mio. EUR ebenfalls positiv entwickelt. Die gesamten Wohnungsbaudarlehen aus eigenen Mitteln stiegen durch die Kreditnachfrage von 1.678,3 Mio. EUR zum 31. Dezember 2024 auf 1.753,2 Mio. EUR per 31. Dezember 2025.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr Darlehenszusagen in Höhe von 474,0 Mio. EUR gegeben. Damit wurde der Vorjahreswert von 408,0 Mio. EUR überschritten. Diese Entwicklung betraf die privaten deutlich stärker als die gewerblichen Darlehenszusagen. Während die gewerblichen Darlehenszusagen lediglich um 13,5 Mio. EUR (5,6 %) gestiegen sind, verzeichneten die Darlehenszusagen an Privatkunden einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 73,3 Mio. EUR (52,2 %). Die Zusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus lagen mit einem Volumen von 307,9 Mio. EUR abermals deutlich über dem Vorjahreswert. In diesem Fall war ein Anstieg von 79,6 Mio. EUR (34,9 %) zu verzeichnen.

Bei unserem Leistungsindikator Wachstum der Kundenforderungen sind wir in unserer Prognose für das Geschäftsjahr 2025 aufgrund weiterhin vorhandener Unsicherheiten in der Planung von einem geringen Bestandswachstum in Höhe von 1,0 % ausgegangen. Vor dem Hintergrund der positiven Entwicklung der Kreditnachfrage sind unsere Forderungen gegenüber Kunden um 2,9 % angestiegen, sodass wir unseren Zielwert übertroffen haben.

2.4.2.3. Wertpapieranlagen

Die Wertpapieranlagen erhöhten sich im Verlauf des Berichtsjahrs um 32,9 Mio. EUR auf 356,4 Mio. EUR. Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren ist um 31,3 Mio. EUR gestiegen, wovon 0,3 Mio. EUR auf Zuschreibungen zurückzuführen sind. Der

Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“, in dem unsere Fondsanlagen ausgewiesen werden, ist im Berichtsjahr um 1,6 Mio. EUR gestiegen. Ein Teil der Bestandsveränderung resultiert aus Zuschreibungen i.H.v. 1,1 Mio. EUR. Ein von der Sparkasse gezeichneter Immobilienfonds hat im Berichtsjahr 2025 Kapitalabrufe über 0,5 Mio. EUR vorgenommen, worauf die restliche Bestandsveränderung zurückzuführen ist.

2.4.2.4. Beteiligungen / Anteilsbesitz

Im Geschäftsjahr 2025 stieg das Volumen der Beteiligungen um 0,7 Mio. EUR auf 46,9 Mio. EUR. Die bestehende Beteiligung an der Deutschen Sparkassen Leasing AG & Co. KG wurde im Berichtsjahr um 0,2 Mio. EUR aufgestockt. Die restliche Veränderung ergab sich aus der Zuschreibung beim DSGV ö.K. Sondervermögen Berlin (+0,5 Mio. EUR). Mit einem Volumen von 41,9 Mio. EUR entfällt der größte Beteiligungsbetrag weiterhin auf unsere Beteiligung am SVWL.

2.4.2.5. Sachanlagen

Im Berichtsjahr 2025 haben wir die Geschäftsstelle in Versmold für 0,6 Mio. EUR umgebaut. Der abgetrennte Neubauteil konnte wie geplant vollständig vermietet werden. Vor dem Hintergrund der vollständigen Vermietung wurde eine Zuschreibung i.H.v. 0,2 Mio. EUR vorgenommen.

2.4.3. Passivgeschäft

2.4.3.1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich um 17,1 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr auf 284,8 Mio. EUR reduziert. Der Bestand an Sparkassenbriefen beträgt per 31. Dezember 2025 5,1 Mio. EUR und hat sich damit deutlich verringert. Die Weiterleitungsdarlehen haben sich aufgrund der leicht gestiegenen Kreditnachfrage um 0,7 Mio. EUR minimal erhöht. Bei diesen Weiterleitungsdarlehen handelt es sich überwiegend um langfristig aufgenommene Mittel, die der Finanzierung des langfristigen Kreditgeschäfts dienen.

2.4.3.2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 % auf 2.877,8 Mio. EUR gestiegen. Der Bestand an Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist ist weiterhin rückläufig. Im Verlauf des Berichtsjahrs hat er sich um 11,4 Mio. EUR reduziert. Dies entspricht einem Rückgang von 7,6 %. Allerdings machen die Spareinlagen mit 4,8 % nur noch einen geringen Teil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden aus. Bei den anderen Verbindlichkeiten zeigt sich ein differenziertes Bild. Während sich die täglich fälligen Verbindlichkeiten um 172,5 Mio. EUR erhöhten, gingen die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist um 111,6 Mio. EUR zurück.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Privatkunden ergab sich ein Zuwachs um 0,3 % bzw. 6,4 Mio. EUR. Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahresende um 1,8 Mio. EUR bzw. 0,3 %. Den stärksten Zuwachs haben die Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten erfahren. Hier gab es einen Zuwachs von 41,3 Mio. EUR bzw. 63,3 %. In unserer Prognose für das Jahr 2025 sind wir von einem bilanzwirksamen Einlagenwachstum in Höhe von 1,5 % ausgegangen. Diesen Wert haben wir minimal übertroffen.

Die im internen Institutsbericht ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen zu 61,2 % auf die Privatkunden und zu 34,5 % auf die Firmenkunden. Die restlichen 4,3 % stammen von Kommunen und kommunalen Unternehmen.

2.4.4. Dienstleistungsgeschäft

Im Dienstleistungsgeschäft haben sich im Jahr 2025 folgende Schwerpunkte ergeben:

Zahlungsverkehr

Mit einer Anzahl von 1.208 neuen Kreditkartenverträgen lag die Sparkasse unter dem Vorjahresniveau von 1.467 Kreditkarten. Der Rückgang betrifft dabei nahezu sämtliche Kartentypen.

Vermittlung von Wertpapieren

Das Geschäftsjahr 2025 war im Bereich der Dienstleistungen geprägt durch ein sehr gutes Wertpapiergeschäft.

Der Wertpapierumsatz lag mit 501,4 Mio. EUR abermals deutlich über dem Vorjahreswert von 393,4 Mio. EUR. Der Nettoabsatz im Wertpapierkundengeschäft lag mit +94,0 Mio. EUR ebenfalls deutlich über dem Vorjahreswert von +17,2 Mio. EUR. Der Wertpapierbestand auf den Kundendepots unter Berücksichtigung von Kursgewinnen und Kursverlusten ist im Laufe des Berichtsjahrs um 13,7 % von 1.240,0 Mio. EUR auf 1.409,3 Mio. EUR und damit auf einen abermaligen Rekordwert gestiegen. Im Berichtsjahr entfiel der größte Teil der Absätze im Wertpapiergeschäft auf den Vertrieb von Investmentanteilen.

Vermittlung von Bausparverträgen und Versicherungen

Im Jahr 2025 wurden insgesamt 679 Bausparverträge mit einer durchschnittlichen Bausparsumme von 36,3 TEUR (Vorjahr: 39,0 TEUR) und einem Volumen von insgesamt 24.679 TEUR abgeschlossen. Damit lag das Neugeschäftsvolumen deutlich unter dem Vorjahreswert von 35.368 TEUR.

Bei der Vermittlung von Versicherungen zeigen die erzielten Ergebnisse ein differenziertes Bild im Vergleich zum Vorjahr. So erhöhte sich die Anzahl der vermittelten Lebensversicherungsverträge von 565 Stück auf 744 Stück. Gleichzeitig stieg auch die Versicherungssumme von 20.846 TEUR im Vorjahr auf 25.906 TEUR im Berichtsjahr an. Dies entspricht einem Anstieg von 24,3 %. Die Anzahl der vermittelten Kompositversicherungen hingegen sank leicht von 1.038 Stück auf 878 Stück.

2.4.5. Derivate

Die derivativen Finanzinstrumente dienten ausschließlich der Sicherung der eigenen Positionen und nicht spekulativen Zwecken. Hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden Geschäfte wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

2.5. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

2.5.1. Vermögenslage

In der Tabelle in Kapitel 2.4 sind die Anteile der Kundenkredite, der Wertpapieranlagen sowie der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden an der Bilanzsumme aufgeführt.

Der Anteil der Wertpapieranlagen an der Bilanzsumme erhöhte sich um 0,8 Prozentpunkte. Der Anteil der Forderungen an Kunden ist im Verlauf des Berichtsjahrs von 71,8 % auf 73,1 % gestiegen. Demgegenüber hat sich der Anteil der Forderungen an Kreditinstitute von 15,6 % im Vorjahr auf 13,9 % im Berichtsjahr verringert. Der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ist im Vergleich zum Vorjahr mit 78,3 % nahezu konstant geblieben. Grund für den höheren Anteil an Kundenforderungen ist das über der Planung liegende Kreditwachstum.

Sämtliche Vermögensgegenstände und Rückstellungen werden vorsichtig bewertet. Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Einzelheiten sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen. Für besondere Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute wurde zusätzlich Vorsorge getroffen.

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhen sich durch das erfolgreiche Geschäftsjahr. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2025 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 163,9 Mio. EUR (Vorjahr: 162,5 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. Hierin enthalten ist eine zusätzliche Vorsorge zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der „Ersten Abwicklungsanstalt“ von 25 Jahren trägt. Im Einzelnen verweisen wir auf die Angaben im Anhang zum Jahresabschluss 2025.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Die als Leistungsindikator definierte Gesamtkapitalquote gemäß Art. 92 CRR (Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die anrechnungspflichtigen Positionen) übertrifft am 31. Dezember 2025 mit 16,22 % (im Vorjahr: 18,09 %) die aufsichtlichen Mindestanforderungen von 8,0 % gemäß CRR zuzüglich SREP-Zuschlag sowie die kombinierte Kapitalpufferanforderung nach § 10i KWG. Sowohl die Kernkapitalquote als auch die harte Kernkapitalquote liegen weiterhin über den aufsichtlich vorgeschriebenen Mindestwerten. Die Kernkapitalquote beläuft sich zum 31. Dezember 2025 auf 15,75 % der anrechnungspflichtigen Positionen nach CRR. Die anrechnungspflichtigen Positionen zum 31. Dezember 2025 betragen 2.675,8 Mio. EUR und die aufsichtlich anerkannten Eigenmittel 433,9 Mio. EUR. Für den Leistungsindikator Gesamtkapitalquote nach CRR prognostizierten wir für den 31. Dezember 2025 einen Wert von 17,8 %. Die deutliche Zielverfehlung lässt sich insbesondere auf stärkere Eigenkapitalanforderungen durch das Inkrafttreten der CRR III und damit einhergehende deutlich höhere anrechnungspflichtige Positionen erklären.

Die Eigenmittelausstattung war angemessen, um das geplante Wachstum sicherzustellen. Die Gesamtkapitalquote lag am 31. Dezember 2025 deutlich unter der Quote am Ende des Vorjahrs.

Die Verschuldungsquote (Verhältnis des Kernkapitals zur Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Positionen) beträgt am 31. Dezember 2025 11,45 % und liegt damit deutlich über der aufsichtlichen Mindestanforderung von 3,0 %.

Zum Bilanzstichtag verfügt die Sparkasse über eine solide Eigenmittelbasis. Auf Grundlage unserer Kapitalplanung von Februar 2026 bis zum Jahr 2029 ist eine ausreichende und solide Kapitalbasis für die Umsetzung unserer Geschäftsstrategie vorhanden.

2.5.2. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR) lag mit 170,6 % bis 213,3 % jederzeit deutlich oberhalb des Mindestwerts von 100,0 %. Die LCR-Quote lag zum 31. Dezember 2025 bei 199,3 %. Die strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR) bewegte sich ebenfalls jederzeit deutlich über der aufsichtsrechtlichen Mindestquote von 100,0 %. Die NSFR-Quote lag zum 31. Dezember 2025 bei 128,1 %. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde in 2025 nicht genutzt.

Die Zahlungsbereitschaft ist nach unserer Finanzplanung auch für die absehbare Zukunft gewährleistet. Deshalb beurteilen wir die Finanzlage der Sparkasse als gut.

2.5.3. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

Zur besseren Lesbarkeit wurden Ertragspositionen in den Spalten 2025 und 2024 generell positiv und Aufwandspositionen mit negativem Vorzeichen dargestellt. Außerdem werden in der Spalte Veränderung bei den Aufwendungen die Rückgänge mit einem positiven Wert und eine Erhöhung des Aufwands gegenüber dem Vorjahr mit negativem Vorzeichen dargestellt.

	2025	2024	Veränderung		
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%	
Zinsüberschuss	65,9	62,2	3,7	5,9	GuV-Posten Nr. 1 bis 4
Provisionsüberschuss	26,4	24,6	1,8	7,3	GuV-Posten Nr. 5 und 6
Sonstige betriebliche Erträge	5,4	4,2	1,2	28,6	GuV-Posten Nr. 8 und 20
Personalaufwand	-34,4	-33,6	-0,8	-2,4	
Andere Verwaltungsaufwendungen	-16,2	-16,2	-0,0	-0,0	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3,1	-5,3	+2,2	+41,5	GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 21
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	**44,0**	**35,9**	**8,1**	**22,6**	
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	-3,4	0,2	-3,6	-1.800,0	GuV-Posten Nr. 13 bis 16
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	-29,8	-23,2	-6,6	-28,4	
Ergebnis vor Steuern	**10,7**	**12,9**	**-2,2**	**-17,1**	
Steueraufwand	-9,4	-11,6	+2,2	+19,0	GuV-Posten Nr. 23 und 24
Jahresüberschuss	**1,3**	**1,3**	**0,0**	**0,0**	

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses unserer Sparkasse in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Unter Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung beträgt auf dieser Basis 1,14 % (Vorjahr: 1,16 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2025. Der im Vorjahreslagebericht prognostizierte Wert von 0,96 % wurde somit übertroffen. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass sich der Zinsüberschuss besser entwickelt hat als prognostiziert. Auch beim Provisionsüberschuss hat der Anstieg um 1,8 Mio. EUR unsere Prognose eines leichten Rückgangs von 0,4 Mio. EUR übertroffen. Das Ergebnis nach Steuern (ohne Veränderung der Vorsorgereserven) als Leistungsindikator ist mit insgesamt 0,85 % der DBS insbesondere infolge des Zinsüberschusses deutlich höher ausgefallen als wir es erwartet hatten. Die Cost-Income-Ratio (CIR) ist mit einem Wert von 55,0 % im Vergleich zum Vorjahr (54,7 %) nahezu unverändert geblieben, sodass der in unserer Prognose erwartete Anstieg auf einen Wert von 59,3 % nicht eingetreten ist.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr verlief die Entwicklung des Zinsüberschusses besser als noch in unserer Prognose erwartet. So verringerte sich der Zinsüberschuss nicht wie prognostiziert um 3,2 Mio. EUR, sondern erhöhte sich um 1,5 Mio. EUR. Der Zinsertrag erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Mio. EUR, wohingegen sich die Zinsaufwendungen im Jahresvergleich um 6,5 Mio. EUR reduzierten. Die Entwicklung des Zinsergebnisses aus Derivaten wirkte sich negativ auf den Zinsüberschuss aus. Das Zinsergebnis aus Derivaten fiel im Vergleich zum Vorjahr um 5,6 Mio. EUR auf 1,8 Mio. EUR.

Der Provisionsüberschuss ist um 1,8 Mio. EUR gestiegen und entwickelte sich damit deutlich besser als prognostiziert. Erwartet hatten wir in unserer Prognose ein nahezu konstantes Niveau. Haupttreiber für die positive Entwicklung waren die Erträge aus dem Zahlungsverkehr mit einer Steigerung um 0,8 Mio. EUR sowie die Erträge aus dem Wertpapiergeschäft im Kundenauftrag, die im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Mio. EUR gestiegen sind.

Insbesondere aufgrund der Tariferhöhungen im Jahr 2025 sind die Personalaufwendungen um 0,4 Mio. EUR auf 33,5 Mio. EUR angestiegen. In unserer Prognose sind wir von einem Anstieg um 0,8 Mio. EUR ausgegangen. Der minimale Rückgang der Mitarbeiterzahl aufgrund der natürlichen Fluktuation wirkte zwar entlastend, konnte den Anstieg der Personalkosten allerdings nicht kompensieren.

Der Sachaufwand hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 Mio. EUR auf 17,4 Mio. EUR erhöht und liegt damit genau bei dem von uns erwarteten Betrag. Die größten Kostensteigerungen ergaben sich bei den Abgaben, Beiträgen und Versicherungen (+0,5 Mio. EUR) sowie bei den IT-Aufwendungen (+0,8 Mio. EUR). Die anderen Sachaufwandspositionen sind im Vergleich zum Vorjahr lediglich geringfügig gestiegen.

Bei dem Ergebnis aus Bewertung und Risikovorsorge (Abschreibungen und Wertberichtigungen nach Verrechnung mit Erträgen) ergab sich auch in diesem Jahr in Summe ein negatives Resultat. Nach einem Bewertungsergebnis im Vorjahr von -1,8 Mio. EUR zeigt sich eine weiterhin leicht negative Tendenz. Im Berichtsjahr lag das gesamte Bewertungsergebnis bei -3,3 Mio. EUR. Bei unserer Prognose sind wir vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von einem spürbar negativen Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft in Höhe von -6,0 Mio. EUR ausgegangen. Für das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft haben wir, bedingt durch den weiterhin zu erwartenden Pull-to-par-Effekt, hingegen mit einem leicht positiven Bewertungsergebnis von +1,6 Mio. EUR gerechnet. Durch den beschriebenen Effekt sowie positive Kursentwicklungen an den Aktienmärkten ergab sich mit +1,5 Mio. EUR ein positives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft, das nur geringfügig unterhalb der Prognose lag. Beim Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft zeigte sich nach einem Bewertungsverlust im Vorjahr in Höhe von -6,4 Mio. EUR ein leicht reduzierter Bewertungsverlust in Höhe von -5,5 Mio. EUR im Berichtsjahr und damit ein niedrigerer Wert als prognostiziert.

Das neutrale Ergebnis hat sich mit 2,1 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahresergebnis von -2,6 Mio. EUR positiv entwickelt. Ursächlich hierfür waren insbesondere die Erträge aus der Auflösung einer im Vorjahr gebildeten Rückstellung für den Sparkassen-Teilfonds sowie der deutliche Rückgang im neutralen Zinsaufwand und Sachaufwand.

Der Sonderposten Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB der Sparkasse Gütersloh-Rietberg-Versmold wurde im Berichtsjahr um 29,8 Mio. EUR aufgestockt.

Für das Geschäftsjahr 2025 verringerte sich der Ertragssteueraufwand gegenüber 2024 um 2,3 Mio. EUR auf 9,3 Mio. EUR.

Die Ertragslage der Sparkasse Gütersloh-Rietberg-Versmold wurde im Berichtsjahr maßgeblich durch die Zins- und Börsenentwicklung und die damit einhergehenden Veränderungen im Zinsergebnis und im Provisionsüberschuss sowie die weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und durch den unverändert intensiven Wettbewerb im Bankensektor bestimmt. Trotz des für uns derzeit positiven Zinsniveaus erwarten wir auch in Zukunft herausfordernde Rahmenbedingungen. Die Sparkasse ist mit der Ertragslage im Jahr 2025 zufrieden. So wurden unsere zum Jahresbeginn getätigten Prognosen bei den beiden wichtigen Kennziffern „Betriebsergebnis vor Bewertung“ und „Cost-Income-Ratio“ übertroffen. Das Bewertungsergebnis lag leicht im negativen Bereich. Das abermals leicht gestiegene negative gesamte Bewertungsergebnis zeigt, dass sich die herausfordernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mittlerweile im Bewertungsergebnis widerspiegeln. Die insgesamt zufriedenstellende Ertragslage unserer Sparkasse führt dazu, dass wir das Eigenkapital um 29,8 Mio. EUR stärken können und damit noch robuster gegenüber wirtschaftlichen Risiken aufgestellt sind.

Die gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG offen zu legende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Jahr 2025 unverändert 0,04 %.

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Die Sparkasse Gütersloh-Rietberg-Versmold ist vor dem Hintergrund der konjunkturellen Entwicklungen mit dem Geschäftsverlauf im Berichtsjahr 2025 zufrieden und ist für die kommenden Jahre gut aufgestellt. Die geopolitischen und konjunkturellen Rahmenbedingungen sowie die Zinsentwicklung stellten dabei im abgelaufenen Geschäftsjahr die wichtigsten Herausforderungen dar. Das Zinsniveau hat sich auf leicht höherem Niveau stabilisiert, wobei die kurzfristigen Zinsen im Berichtsjahr tendenziell gesunken sind, wohingegen die langfristigen Zinsen leicht gestiegen sind. Die Nachfrage nach Krediten ist weiter angestiegen. Im Ergebnis hat sich der Zinsüberschuss leicht erhöht. Die Entwicklung vom Provisionsüberschuss hat sich ebenfalls positiv auf den Geschäftsverlauf der Sparkasse ausgewirkt.

Für die Sparkasse verlief das Geschäftsjahr 2025 zufriedenstellend. Wir beurteilen die Geschäftsentwicklung als positiv. Mit Blick auf das Betriebsergebnis vor Bewertung von 1,14 % haben wir im Berichtsjahr unsere Prognose von 0,96 % deutlich übertroffen. Die Cost-Income-Ratio liegt mit einem Wert von 55,0 % nahezu auf Vorjahresniveau und damit deutlich besser als die Prognose von 59,3 %. Die Bilanzsumme und die Durchschnittsbilanzsumme sind ebenso wie das Geschäftsvolumen gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Eigenmittel haben sich im Jahresvergleich deutlich erhöht. Dennoch liegt die Gesamtkapitalquote mit 16,22 % deutlich unter dem Vorjahreswert von 18,09 %. Dies liegt vor allem an einem höheren Gesamtrisikobetrag in Folge verschärfter gesetzlicher Anforderungen durch die CRR III.

3. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gemäß § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.

4. Risikobericht

4.1. Risikomanagementsystem

Zur Sicherstellung der langfristigen Fortführung der Unternehmenstätigkeit auf Basis der eigenen Substanz und Ertragskraft setzt die Sparkasse ein Risikotragfähigkeitskonzept mit einer regelmäßigen Berechnung der Risikotragfähigkeit (**ökonomische Perspektive**) und einer Kapitalplanung (**normative Perspektive**) ein. Die Risikotragfähigkeit wird ergänzt um Stresstests, und es erfolgt eine prozessuale Verknüpfung mit den Strategien, der Risikoinventur und der Risikoberichterstattung. Dabei werden auch die Auswirkungen von ESG-Risiken berücksichtigt.

In der **Geschäftsstrategie** werden die Ziele der Sparkasse für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Die **Risikostrategie** umfasst die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Ziel der **Risikoinventur** ist es, mindestens jährlich systematisch Risiken zu identifizieren, um deren Wesentlichkeit beurteilen zu können. Dabei werden auch die Auswirkungen von ESG-Risiken auf die Risikoarten untersucht. Zudem werden regelmäßig quantitative und qualitative Analysen zur Bestimmung von Risiko- und Ertragskonzentrationen vorgenommen. Auf der Grundlage der zuletzt durchgeführten Risikoinventur wurden folgende Risiken in der ökonomischen und der normativen Perspektive als wesentlich eingestuft:

Risikoart	**Risikokategorie**
Adressenrisiko	Kundengeschäft
	Eigengeschäft
Marktpreisrisiko	Zinsänderungsrisiko
	Spreadrisiko
	Aktienrisiko
	Immobilienrisiko
Beteiligungsrisiko	
Liquiditätsrisiko	Zahlungsunfähigkeitsrisiko
	Refinanzierungskostenrisiko
Operationelles Risiko	

Für die frühzeitige Identifizierung von wesentlichen Risiken sowie von risikoartenübergreifenden Effekten wurden Indikatoren abgeleitet, die auf **quantitativen oder qualitativen Merkmalen** basieren.

Ziel der Ermittlung der **Risikotragfähigkeit** in der **ökonomischen Perspektive** ist die Gewährleistung des Gläubigerschutzes. Die Sparkasse ermittelte zum 31. Dezember 2025 ein ökonomisches Risikodeckungspotenzial von 543,6 Mio. EUR. Das daraus abgeleitete Gesamtlimit von 300,0 Mio. EUR wurde auf die wesentlichen Risiken verteilt und so bemessen, dass eine angemessene Steuerung der Risiken ermöglicht wird. Die wesentlichen Risiken werden vierteljährlich ermittelt und den Limiten gegenübergestellt. Die bereitgestellten Limite reichten damit sowohl unterjährig als auch zum Bilanzstichtag aus, um die wesentlichen Risiken abzudecken.

Zur Berechnung des gesamtinstitutsbezogenen Risikos wurden für alle wesentlichen Risiken das Konfidenzniveau auf 99,9 % und der Risikobetrachtungshorizont auf ein Jahr rollierend festgelegt. Zwischen den wesentlichen Risikoarten werden keine risikomindernden **Diversifikationseffekte** berücksichtigt. Die Sparkasse berücksichtigt innerhalb des Adressenrisikos zwischen dem Kunden- und dem Eigengeschäft und innerhalb des Marktpreisrisikos zwischen den Risikofaktoren Zinsen, Spreads, Aktien und Währungen risikomindernde Diversifikationseffekte.

Das auf der Grundlage des Gesamtlimits eingerichtete **Limitsystem** stellt sich zum 31. Dezember 2025 wie folgt dar:

Risikoart	Risikokategorie	Limit	Limitauslastung	
		Mio. EUR	Mio. EUR	%
Adressenrisiko	Kundengeschäft	30,0	22,9	76,2
	Eigengeschäft			
Marktpreisrisiko	Zinsänderungsrisiko	170,0	110,5	65,0
	Spreadrisiko			
	Aktienrisiko			
	Immobilienrisiko			
	Währungsrisiko			
Beteiligungsrisiko		15,0	11,6	77,5
Liquiditätsrisiko	Refinanzierungskostenrisiko	45,0	25,8	57,3
Operationelles Risiko		25,0	17,6	70,4
Freier Risikopuffer		15,0		
Risikotragfähigkeitslimit / Gesamtrisiko		**300,0**	**188,4**	**62,8**

Da das Zahlungsunfähigkeitsrisiko in der Risikotragfähigkeitsberechnung nicht berücksichtigt werden kann, erfolgt die Betrachtung im Wesentlichen über die tägliche Liquiditätsdisposition, eine monatliche Liquiditätsübersicht und die LCR, sowie eine vierteljährliche Ermittlung der Überlebensperiode und die Erstellung eines Refinanzierungsplans.

Die zuständigen Bereiche steuern die Risiken im Rahmen der bestehenden organisatorischen Regelungen und der Limitvorgaben des Vorstands.

Ziel der Ermittlung der **Risikotragfähigkeit** in der **normativen Perspektive** ist die Fortführung der Sparkasse. Hierzu besteht ein zukunftsgerichteter **Kapitalplanungsprozess** bis zum Jahr 2029. Um einen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, wurden Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung für das Planszenario sowie für ein adverses Szenario getroffen.

In der normativen Perspektive sind alle regulatorischen und aufsichtlichen Anforderungen sowie die darauf basierenden internen Anforderungen zu berücksichtigen. Relevante Steuerungsgrößen sind die Kernkapitalanforderung, die Gesamtkapitalanforderung (SREP-Gesamtkapitalanforderung, die kombinierte Pufferanforderung und die Eigenmittelempfehlung) sowie die Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals, die Höchstverschuldungsgrenze und die Großkreditgrenze.

Für den betrachteten Zeitraum bis zum Jahr 2029 können die aufsichtlichen Anforderungen im Planszenario vollständig erfüllt werden. Gleiches gilt im vorgenannten Zeitraum für die Betrachtung adverser Entwicklungen, in dem jedoch nur die harten Mindestkapitalanforderungen zwingend einzuhalten sind.

Die der Risikotragfähigkeit zu Grunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst (**Validierung**).

Die Sparkasse setzt zur **Steuerung** der Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente (Swapgeschäfte) ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches einbezogen. Daneben ist die Sparkasse an 4 Kreditbasket-Transaktionen der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt. Die hieraus resultierenden Kreditderivate werden sowohl in der Position des Sicherungsnehmers als auch als Sicherungsgeber gehalten. Dabei handelt es sich um in emittierte Credit Linked Notes eingebettete Credit Default Swaps.

Stresstests werden ergänzend zur Risikotragfähigkeit durchgeführt. Ziel ist die Abbildung außergewöhnlicher aber plausibel möglicher Ereignisse über Szenario- und Sensitivitätsanalysen. Als Ergebnis dieser

Simulationen ist festzuhalten, dass auch bei verschiedenen Szenarien die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

Die turnusmäßige **Risikoberichterstattung** an den Vorstand umfasst den Gesamtrisikobericht und ergänzende Berichte zu den wesentlichen Risikoarten. Die Berichte enthalten neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen. Der Verwaltungsrat wird vierteljährlich über die Risikosituation informiert. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

Der Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen (**Interne Kontrollverfahren**) dienen neben eingerichteten Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen auch die Tätigkeiten der sogenannten Besonderen Funktionen (Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der Internen Revision).

Verfahren zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in **neuen Produkten oder auf neuen Märkten** (Neu-Produkt-Prozess) sind festgelegt. Zur Einschätzung der Wesentlichkeit geplanter **Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen** auf die Kontrollverfahren und die Kontrollintensität bestehen Definitionen und Regelungen.

4.2. Strukturelle Darstellung der wesentlichen Risiken

4.2.1. Adressenrisiko

Unter dem Adressenrisiko wird ein Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, der durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich des Ausfalls eines Schuldners bedingt ist. Dabei wird das Adressenrisiko in das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko eines Schuldners unterteilt.

Das Ausfallrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes, welcher aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners entsteht.

Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr eines Verlustes, der sich dadurch ergibt, dass sich die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners verändert hat.

Das Länderrisiko umfasst neben dem bonitätsinduzierten Länderrisiko auch das politische Risiko, z. B. aus einem Transferstopp. Das Länderrisiko im Sinne eines Ausfalls oder einer Bonitätsveränderung eines Schuldners ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- und Eigengeschäft. Der Schuldner kann ein ausländischer öffentlicher Haushalt oder ein sonstiger Schuldner sein, der seinen Sitz im Ausland und somit in einem anderen Rechtsraum hat.

Der Value-at-Risk wird in der ökonomischen Perspektive über eine Monte-Carlo-Simulation in der Anwendung Credit Portfolio View (CPV) ermittelt. Dabei wird die Wertentwicklung der einzelnen Geschäfte in einem jeweils spezifischen ökonomischen Umfeld simuliert. Zur Bewertung werden neben den Portfoliodaten der Sparkasse Risikoparameter (z. B. Ausfallzeitreihen, Korrelationen, Migrations- und Shiftmatrizen, Verwertungs-, Neubewertungs- und Einbringungsquoten) verwendet, die aus historischen Daten aller Sparkassen ermittelt wurden. Die Risikomessung von Kunden- und Eigengeschäft erfolgt integriert (Diversifikationseffekte).

4.2.1.1. Adressenrisiko im Kundengeschäft

Das Adressenrisiko im Kundengeschäft umfasst einerseits die Gefahr eines Verlustes durch einen drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines originären Kredites sowie von Eventualverbindlichkeiten wie beispielsweise Avalen (Ausfallrisiko). Andererseits umfasst es auch die Gefahr, dass Sicherheiten teilweise oder ganz an Wert verlieren und deshalb zur Absicherung der Kredite nicht ausreichen oder überhaupt nicht beitragen können (Sicherheitenverwertungs- und -einbringungsrisiko).

Teil des Adressenrisikos im Kundengeschäft ist auch die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Kreditnehmers ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko).

Die Steuerung der Adressenrisiken des Kundengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Trennung zwischen Markt (1. Votum) und Marktfolge (2. Votum) bis in die Geschäftsverteilung des Vorstands
- regelmäßige Bonitätsbeurteilung und Beurteilung der Kapitaldiensttragfähigkeit auf Basis aktueller Unterlagen
- Einsatz standardisierter Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoringverfahren) in Kombination mit bonitätsabhängiger Preisgestaltung und bonitätsabhängigen Kompetenzen
- Interne, bonitätsabhängige Richtwerte für Kreditobergrenzen, die unterhalb der Großkreditgrenzen des KWG liegen, zur Vermeidung von Risikokonzentrationen. Einzelfälle, die diese Grenzen überschreiten, unterliegen einer verstärkten Beobachtung
- regelmäßige Überprüfung von Sicherheiten
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens, das gewährleistet, dass bei Auftreten von signifikanten Bonitätsverschlechterungen frühzeitig risikobegrenzende Maßnahmen eingeleitet werden können
- festgelegte Verfahren zur Überleitung von Kreditengagements in die Intensivbetreuung oder Sanierungsbetreuung
- Berechnung des Adressenrisikos für die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View“
- Berechnung des Adressenrisikos für die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive mit der IT-Anwendung „GBS“
- Zur Absicherung von Adressenrisiken hat die Sparkasse Kreditnehmer in Sparkassen-Kreditbaskets (über die Emission von Originatoren-Credit Linked Notes) eingebracht.
- Kreditportfolioüberwachung auf Gesamthausebene mittels regelmäßigem Reporting

Zum 31. Dezember 2025 waren 45,9 % der zum Jahresende ausgelegten Kreditmittel an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen vergeben sowie 50,4 % an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Auf der Basis „Kredite an Unternehmen und öffentliche Haushalte“ bilden den Schwerpunkt mit 23,8 % die Ausleihungen im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen sowie die Ausleihungen an Dienstleistungsunternehmen mit 17,9 %. Darüber hinaus entfallen 11,6 % auf den Bereich Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und 9,7 % auf das verarbeitende Gewerbe.

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts. 17,7 % des Gesamtkreditvolumens auf Basis der Gruppe verbundener Kunden (ohne Banken) entfallen auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von mehr als 5,0 Mio. EUR.

Die Kreditrisikostrategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt. Zum 31. Dezember 2025 ergibt sich im Kundengeschäft folgende Ratingklassenstruktur:

Ratingklasse	Volumen in %
1 bis 9	93,7
10 bis 15	4,8
16 bis 18	1,5

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite von untergeordneter Bedeutung. Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen betrug am 31. Dezember 2025 nur 0,7 % des Gesamtkreditvolumens.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio in folgenden Bereichen:

- Risikokonzentration aufgrund der regionalen Begrenzung des Geschäftsgebiets sowie
- Konzentration im Bereich der regionalen, grundpfandrechtlichen Sicherheiten

Diese Konzentrationen sind systembedingt und somit strategiekonform.

Insgesamt sind wir der Auffassung, dass unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert ist.

Darüber hinaus haben wir angemessene Pauschalwertberichtigungen gebildet. Das Verfahren für die Bildung der Pauschalwertberichtigungen ist im Anhang zum Jahresabschluss erläutert.

Zur Absicherung von Adressenrisiken hat die Sparkasse 3 Einzelkreditnehmer mit einem Kreditvolumen von insgesamt 13,0 Mio. EUR in die Sparkassen-Kreditbaskets (über die Emission von Originatoren-Credit Linked Notes) eingebracht.

Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Für latente Risiken im Forderungsbestand haben wir Pauschalwertberichtigungen und pauschale Rückstellungen gebildet.

Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren.

Entwicklung der Risikovorsorge:

Art der Risikovorsorge	**Anfangsbestand per 01.01.2025**	**Zuführung**	**Auflösung**	**Verbrauch**	**Endbestand per 31.12.2025**
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Einzelwert-berichtigungen	19.501	7.583	4.062	5.112	17.910
Rückstellungen	1.348	1.024	969	0	1.403
Pauschalwert-berichtigungen	4.247	326	3		4.570
Pauschale Rückstellungen*	492	619	29		1.082
Gesamt	**25.588**	**9.552**	**5.063**	**5.112**	**24.965**

* für nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

4.2.1.2. Adressenrisiko im Eigengeschäft

Das Adressenrisiko im Eigengeschäft umfasst die Gefahr eines Verlustes, der aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Emittenten oder eines Kontrahenten (Ausfallrisiko) resultieren kann.

Ebenso besteht die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Dabei unterteilt sich das Kontrahentenrisiko in ein Wiedereindeckungs-, ein Vorleistungs- und ein Erfüllungsrisiko.

Zudem gibt es im Eigengeschäft das Risiko, dass die tatsächlichen Restwerte der Emissionen bei Ausfall von den prognostizierten Werten abweichen.

Ferner beinhalten Aktien eine Adressenrisikokomponente. Diese besteht in der Gefahr einer negativen Wertveränderung aufgrund von Bonitätsverschlechterung oder Ausfall des Aktienemittenten.

Die Steuerung des Adressenrisikos des Eigengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Festlegung von Limiten je Partner (Emittenten- und Kontrahentenlimite)
- Regelmäßige Bonitätsbeurteilung der Vertragspartner anhand von externen Ratingeinstufungen sowie eigenen Analysen
- Berechnung des Adressenrisikos für die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View"
  Berechnung des Adressenrisikos für die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive mit der IT-Anwendung „GBS“

Die Eigengeschäfte umfassen zum Bilanzstichtag ein Volumen von 356,4 Mio. EUR. Wesentliche Positionen sind dabei die Schuldverschreibungen und Anleihen (210,0 Mio. EUR), der Wertpapierspezialfonds (100,0 Mio. EUR) sowie die sonstigen Investmentfonds (46,4 Mio. EUR).

Dabei zeigt sich die nachfolgende Ratingverteilung in Prozent:

Externes Rating						
Standard & Poor’s	AAA bis BBB+	BBB bis BBB-	BB+ bis BB-	B+ bis C	Ausfall	ungeratet
31.12.2025	72,5	9,0	2,9	1,0	0,0	14,6
31.12.2024	69,9	10,0	3,7	0,9	0,0	15,5

Konzentrationen bestehen hinsichtlich der Handelsgeschäfte mit der eigenen Girozentrale, die zum Jahresende 122,9 Mio. EUR betragen. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation. Zu berücksichtigen sind dabei auch der Haftungsverbund sowie unsere Beteiligungen, die fast ausschließlich auf Gesellschaften der Sparkassen-Finanzgruppe entfallen.

4.2.2. Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko wird definiert als Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Risikofaktoren ergibt.

Die Steuerung des Marktpreisrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der festgelegten Limite und der vereinbarten Anlagerichtlinien für Spezialfonds.

4.2.2.1. Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus einer unerwarteten negativen Veränderung der risikolosen Zinskurve ergibt. Bestandteile des Zinsänderungsrisikos sind das Fristentransformations- und das Basisrisiko.

Das Fristentransformationsrisiko entsteht aus der Fristentransformation der Geschäfte und der Veränderung der Zinskurve. Bei der Veränderung kann es sich um eine parallele Verschiebung oder eine Drehung handeln, d. h. die Kurve wird flacher oder steiler. Die Veränderung kann sich auf die gesamte Kurve auswirken oder auf Teile davon.

Das Basisrisiko entsteht, wenn sich die Zinssätze an den identischen (oder annähernd gleichen) Stützstellen unterschiedlicher Zinskurven (ggf. auch von Kurven in verschiedenen Währungen) unterschiedlich entwickeln.

In einer periodischen Sicht bzw. in der normativen Perspektive können sich Veränderungen im Zinsüberschuss, im Bewertungsergebnis Wertpapiere sowie einer Bildung bzw. Veränderung einer Drohverlustrückstellung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 n. F. ergeben. Schwankungen im Zinskonditionsbeitrag sind in die Betrachtung des Zinsänderungsrisikos in der normativen Perspektive integriert.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis verschiedener Zinsszenarien mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendungen „MPR“ und „GBS“, Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der drei Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendung „MPR“
- Steuerung des wertorientierten Zinsänderungsrisikos auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Der VaR wird mit einer Haltedauer von 250 Tagen mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % berechnet. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts). Abweichungen zeigen ggf. einen Bedarf an Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätigende Neuanlagen bzw. Absicherungen.
- Ermittlung der wertorientierten Perspektive (SOT EVE, Supervisory Outlier Test Economic Value of Equity) und ertragsorientierten Perspektive (SOT NII, Supervisory Outlier Test Net Interest Income
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip

Zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken wurden derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Die Sparkasse berechnet in der wertorientierten Perspektive die aufsichtlichen sechs IRRBB-Szenarien (Interest Rate Risk in the Banking Book). Die Barwertveränderungen zum 31. Dezember 2025 bewegen sich gemäß dem aggregierten Bogen J 01.00 CTOTL zwischen -52,5 Mio. EUR bzw. -12,5 % des Kernkapitals (+200 Basispunkte) und +26,7 Mio. EUR bzw. 6,3 % des Kernkapitals (-200 Basispunkte).

In der ertragsorientierten Perspektive, in der der Nettozinsertrag aus den beiden Zinsschockszenarien von + bzw. -200 Basispunkte mit einem Basisszenario gleichbleibender Zinsen verglichen wird, ergeben sich zum 31. Dezember 2025 Auswirkungen in Höhe von +2,8 Mio. EUR bzw. +0,7 % des Kernkapitals (+200 Basispunkte) und -6,0 Mio. EUR bzw. -1,4 % des Kernkapitals (-200 Basispunkte).

4.2.2.2. Spreadrisiko

Das Spreadrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Spreads bei gleichbleibendem Rating ergibt. Dabei wird unter einem Spread die Differenz einer risikobehafteten zu einer risikolosen Zinskurve verstanden. Der Spread ist unabhängig von der zu Grunde liegenden Zinskurve zu sehen, d. h. ein Spread in einer anderen Währung wird analog einem Spread in Euro behandelt.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis von Spreadklassen und verschiedener Szenarien für Spreadveränderungen mittels der IT-Anwendung „GBS“
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der IT-Anwendung „MPR“
- Normative und ökonomische Sensitivitätsanalysen zu Spreadveränderungen mittels der IT-Anwendungen „MPR“, „RKR“ und „GBS“
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip

4.2.2.3. Aktienrisiko

Das Aktienrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Aktienkursen ergibt. Neben dem Marktpreisrisiko beinhalten Aktien auch eine Adressenrisikokomponente.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis verschiedener Szenarien mittels der IT-Anwendungen „SCD“ in Verbindung mit „GBS“
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der IT-Anwendung „MPR“
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip

Aktien werden in einem überschaubaren Umfang zurzeit ausschließlich im Rahmen der Asset-Allokation im Spezialfonds gehalten.

4.2.2.4. Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Marktwerten aus Immobilien ergibt. Immobilieninvestitionen umfassen sowohl Direktinvestitionen (Renditeobjekte, Rettungserwerb) als auch indirekte Investitionen (Immobilienfonds).

In der normativen Perspektive umfasst das Immobilienrisiko darüber hinaus das Mietertragsrisiko aus eigenen, fremdgenutzten Immobilien.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Ermittlung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis einer Expertenschätzung.
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der IT-Anwendung „caballito“

Immobilien im Eigenbestand und Immobilienfonds werden in einem überschaubaren Umfang gehalten. Besondere Risiken sind aus den Anlagen derzeit nicht erkennbar.

4.2.2.5. Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes durch eine unerwartete negative Wertänderung einer Beteiligung.

Je nach Beteiligungsart unterscheidet man nach dem Risiko aus strategischen Beteiligungen, Funktionsbeteiligungen und Kapitalbeteiligungen.

Die Steuerung des Beteiligungsrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Rückgriff auf das Beteiligungscontrolling des Sparkassenverbands SVWL für die Verbundbeteiligungen
- In der normativen Perspektive wird die GuV-Auswirkung auf Basis einer Szenarioanalyse berücksichtigt.
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis einer Szenarioanalyse
- Regelmäßige Auswertung und Beurteilung der Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen

Das Beteiligungsportfolio besteht vorwiegend aus strategischen Beteiligungen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe. Daneben bestehen weitere Beteiligungen, die unter Renditegesichtspunkten und zur Diversifizierung gehalten werden.

4.2.3. Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko setzt sich aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungskostenrisiko zusammen. Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden Bestandteilen auch das Marktliquiditätsrisiko. Dieses ist das Risiko, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachzukommen.

Das Refinanzierungskostenrisiko bildet die Gefahr ab, dass die Refinanzierungskosten über der in der Planung angesetzten Höhe liegen. Dies kann auf der Schwankung des institutseigenen Spreads (in der normativen Perspektive) sowie auf der unerwarteten Veränderung der Refinanzierungsstruktur beruhen.

Das Refinanzierungskostenrisiko in der ökonomischen Perspektive basiert auf dem Liquiditätsbarwert.

In der normativen Perspektive wird die GuV-Auswirkung des Refinanzierungskostenrisikos in Form höherer Zinsaufwendungen abgebildet. Aufgrund des Einflusses von Bilanzbeständen und der Zinsentwicklung wird das Refinanzierungskostenrisiko zusammen mit dem Zinsänderungsrisiko betrachtet.

Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung und Überwachung der LCR
- Regelmäßige Ermittlung und Überwachung der strukturellen Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR)
- Regelmäßige Ermittlung der Survival Period und Festlegung einer Risikotoleranz mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendung „SVP-Rechner“
- Diversifikation der Vermögens- und Kapitalstruktur
- Regelmäßige Erstellung von Liquiditätsübersichten auf Basis einer hausinternen Liquiditätsplanung, in der die erwarteten Mittelzuflüsse den erwarteten Mittelabflüssen gegenübergestellt werden
- Tägliche Disposition der laufenden Konten
- Liquiditätsverbund mit Verbundpartnern der Sparkassenorganisation
- Definition eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses sowie eines Notfallplans
- Erstellung einer Refinanzierungsplanung
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendung „RKR“

Unplanmäßige Entwicklungen, wie z. B. vorzeitige Kündigungen sowie Zahlungsunfähigkeit von Geschäftspartnern, werden dadurch berücksichtigt, dass im Rahmen der Risiko- und Stressszenarien sowohl ein Abfluss von Kundeneinlagen als auch eine erhöhte Inanspruchnahme offener Kreditlinien simuliert wird.

Die Survival Period der Sparkasse liegt zum 31. Dezember 2025 zwischen 5 und 6 Monaten.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

4.2.4. Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bedeutet die Gefahr eines Verlustes durch Schäden, der infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintritt.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Jährliche Schätzung von operationellen Risiken auf Basis der szenariobezogenen Schätzung von risikorelevanten Verlustpotenzialen aus der IT-Anwendung „OpRisk-Szenarien"
- Systematische Sammlung und Analyse eingetretener Schadensfälle in einer Schadensfalldatenbank
- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Abbildung im adversen Szenario
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis der IT-Anwendung „OpRisk-Schätzverfahren“. Hierbei stellt die S-Rating und Risikosysteme GmbH (SR) Risikoparameter bereit, die aus eingetretenen Schäden von Sparkassen abgeleitet wurden.
- Erstellung von Notfallplänen, insbesondere im Bereich der IT

Konzentrationen bestehen bei den operationellen Risiken in folgenden Bereichen:

Aufgrund der ausschließlichen Nutzung von IT-Anwendungen des Sparkassenverbunds bzw. der S-Rating und Risikosysteme GmbH bestehen hohe Abhängigkeiten im Falle eines Ausfalls der IT. Um diese Konzentration zu begrenzen, haben wir im Notfallhandbuch entsprechende Notfallpläne für kritische Geschäftsprozesse hinterlegt.

4.3. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Unser Haus verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Mit den eingerichteten Risikosteuerungs- und -controllingprozessen können die wesentlichen Risiken frühzeitig identifiziert und gesteuert sowie relevante Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden.

In 2025 bewegten sich die Risiken innerhalb der vom Vorstand vorgegebenen Limite. Das Risikotragfähigkeitslimit (ökonomische Perspektive) war am Bilanzstichtag mit 62,8 % ausgelastet. Die Mindestanforderungen an die Einhaltung aufsichtlicher Kenngrößen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit wurden sowohl im Planszenario als auch unter der Berücksichtigung adverser Entwicklungen vollständig erfüllt. Demnach war und ist die Risikotragfähigkeit derzeit gegeben. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können.

Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind nicht erkennbar. Risiken der künftigen Entwicklung bestehen in starken Zinsanstiegen (u. a. Drohverlustrückstellung gemäß IDW RS BFA 3).

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des Verbands teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage als ausgewogen.

5. Chancen- und Prognosebericht

5.1. Chancenbericht

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet laufenden Konjunktur, insbesondere aufgrund der regen Nachfrage nach Wohnungen und Eigenheimen, die die Bautätigkeit stärker als prognostiziert ankurbeln könnte. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses führen.

Die Chance auf eine Stabilisierung bzw. Steigerung unserer Ertragskraft wollen wir vor allem nutzen, indem wir künftig insbesondere die Geschäftsfelder Kreditgeschäft und Wertpapiergeschäft mit Kunden mit zusätzlichen Produkten und Dienstleistungen ausbauen, auf denen wir bislang noch unterrepräsentiert sind. Darüber hinaus arbeiten wir laufend daran unsere Prozesse zu optimieren.

Chancen erwarten wir auch aus unseren Investitionen in zukunftsweisende Informationstechnologien.

Chancen wollen wir nutzen, indem wir unsere digitalen Vertriebskanäle weiter ausbauen, die unsere Filialpräsenz und die flächendeckend angebotene SB-Technik ergänzen.

Darüber hinaus sehen wir durch eine weitere Intensivierung der Arbeitsteilung mit unseren Verbundpartnern in der Sparkassenorganisation die Möglichkeit, dem Wettbewerbs- und Rentabilitätsdruck zu begegnen.

5.2. Prognosebericht

5.2.1. Rahmenbedingungen

Ausblick 2026

Der inzwischen seit vier Jahren andauernde Krieg in der Ukraine sowie anhaltende Unsicherheiten über die Handelspolitik der USA prägen den gesamtwirtschaftlichen Ausblick weiterhin. Die militärische Eskalation im Iran birgt zusätzliche Risiken. Die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft – insbesondere über Ölpreise, Handelsrouten wie die Straße von Hormus und globale Wertschöpfungsketten – hängen dabei stark vom weiteren Verlauf und Ausmaß des Konflikts ab. In die Prognosen, auf denen die folgenden Aussagen beruhen, sind die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten noch nicht eingeflossen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) ging vor Beginn des Iran Konflikts von einem ähnlichen Wachstum der Weltwirtschaft wie im Vorjahr aus (+3,3 %). Für 2027 erwartet der IWF eine Zunahme der Weltproduktion von 3,2 %. Der Welthandel dürfte sich nach Einschätzung des IWF im laufenden Jahr abschwächen (+2,6 % nach +4,1 % im Jahr 2025). Ein Belastungsfaktor ist der dämpfende Effekt höherer Zölle, der sich 2026 erstmals über ein volles Jahr hinweg auswirken dürfte.

Für Deutschland fällt der Ausblick verhalten aus. Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten keinen nachhaltigen, sich selbst tragenden Aufschwung. Ihre Prognosen zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2026 bewegen sich in einer Bandbreite von +0,8 % bis +1,5 %, wobei rund 0,2 bis 0,3 Prozentpunkte des Wachstums auf einen positiven Kalendereffekt zurückzuführen sind. Für das Jahr 2027 erwarten die Wirtschaftsforscher im Jahresverlauf eine ähnliche Entwicklung, im Jahresdurchschnitt jedoch – aufgrund des positiven statistischen Überhangs – ein leicht höheres Wachstum zwischen 1,0 % und 1,6 %.

Die deutsche Wirtschaft steht vor wachsenden internationalen Herausforderungen. Dazu zählen die zunehmende internationale Konkurrenz in Schlüsselbranchen, geopolitische Konflikte sowie protektionistische Tendenzen. Ein wichtiger Unsicherheitsfaktor bleibt die künftige Handelspolitik der USA als zweit-

größtem deutschen Handelspartner. Hinzu kommen aktuell steigende Energiepreise, erhöhte Transportkosten sowie mögliche Unterbrechungen von Lieferketten. Diese Faktoren würden die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft besonders belasten, insbesondere wenn sie über einen längeren Zeitraum anhalten.

Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizierten in ihren zum Jahreswechsel veröffentlichten Prognosen eine leichte Zunahme der Ausfuhren aus Deutschland (+0,6 % bis +1,4 %) sowie einen stärkeren Anstieg der Einfuhren (+1,6 % bis +2,7 %). Damit dürfte der Außenhandel das BIP-Wachstum erneut dämpfen. Die Prognosen gehen hier von einem negativen Wachstumsbeitrag von rund 0,4 Prozentpunkten aus.

Positive Wachstumsimpulse werden im Jahr 2026 dagegen von der Fiskalpolitik erwartet, wenn Maßnahmen wie das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) sowie das Investitionssofortprogramm zunehmend Wirkung entfalten. Neben steigenden Verteidigungsausgaben wirken auch steuerliche Entlastungen und Maßnahmen zur Begrenzung der Energiekosten expansiv. Nach Einschätzung des ifo-Instituts könnte der expansive Impuls der Fiskalpolitik das BIP im laufenden Jahr um 0,7 Prozentpunkte erhöhen.

Die Inflationsrate im Euroraum dürfte sich im Jahr 2026 – gemäß den Prognosen zum Jahreswechsel – voraussichtlich in der Nähe der Zielmarke von 2,0 % bewegen. Vor dem Hintergrund einer moderaten konjunkturellen Entwicklung im Euroraum wäre daher eine weitgehend unveränderte Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zu erwarten, die keine zusätzlichen Impulse für die wirtschaftliche Dynamik setzt.

Im Februar gab es mit einem Anstieg des ifo Geschäftsklimaindex auf 88,6 Punkte erste Signale für eine mögliche Belebung der deutschen Wirtschaft. Mit Ausnahme des Handels fiel die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage in allen Bereichen besser aus. Eine positivere Entwicklung in den kommenden Monaten erwarten vor allem Dienstleistungsunternehmen und Bauunternehmen, während sich die Erwartungen im verarbeitenden Gewerbe eintrübten. Trotz dieser Verbesserung überwiegen in den ifo Umfragen weiterhin die negativen Einschätzungen zur Geschäftslage und zu den Geschäftserwartungen. Die einzige Ausnahme bildet der Dienstleistungsbereich, in dem die positive Bewertung der aktuellen Lage leicht überwiegt.

Die Produktion im verarbeitenden Gewerbe schwächte sich gegen Ende des Jahres 2025 ab; insbesondere Industrieunternehmen reduzierten ihre Produktion (-3,0 %). Angesichts der zuvor spürbaren Produktionsausweitungen und der insgesamt positiven Auftragsentwicklung spricht jedoch vieles für eine vorübergehende Abschwächung und nicht für eine grundlegende Trendwende.

So entwickelten sich die Auftragseingänge im Dezember 2025 deutlich positiv (+7,8 %). Auch im weniger volatilen Dreimonatsvergleich – und bereinigt um Großaufträge – lagen die Bestellungen im vierten Quartal 2025 um 2,5 % über dem Niveau der vorangegangenen drei Monate.

Die Aussichten für die Baukonjunktur haben sich verbessert. Alle großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten im Prognosezeitraum eine reale Zunahme der Bauinvestitionen. Die Prognosen zum Jahreswechsel reichen von +0,9 % bis +2,6 % im laufenden und von +1,8 % bis +3,4 % im kommenden Jahr.

Im Wohnungsbau sprechen gestiegene Auftragseingänge und Baugenehmigungen im vergangenen Jahr für eine mögliche Trendwende. Bis sich die steigende Zahl der Baugenehmigungen jedoch in der Bauproduktion niederschlägt, vergeht erfahrungsgemäß einige Zeit. Daher dürfte der Tiefstand bei den Wohnungsfertigstellungen vermutlich erst im Jahr 2026 erreicht werden.

Sowohl von den Ausrüstungs- wie auch den Bauinvestitionen erwarten die großen Wirtschaftsforschungsinstitute im Jahr 2026 leicht positive Beiträge zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum (+0,1 bis +0,3 Prozentpunkte).

Den größten Wachstumsimpuls (+0,4 bis +0,6 Prozentpunkte) erwarten die meisten Institute allerdings von den Konsumausgaben des Staates, die gemäß den Prognosen zwischen 1,5 % und 2,4 % zulegen dürften.

Die privaten Konsumausgaben dürften im laufenden Jahr einen positiven Wachstumsimpuls liefern, wenngleich der Zuwachs insgesamt moderat (<1,0 %) bleiben dürfte. Zwar wird ein leichter Anstieg des

real verfügbaren Einkommens erwartet. Angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit sowie der weiterhin unsicheren wirtschaftlichen und politischen Lage bleibt die Verbraucherstimmung jedoch gedämpft. Darauf weist die Entwicklung des GfK-Konsumklimas hin, welches zuletzt gesunken ist. Die Sparneigung der Haushalte stieg laut GfK auf den höchsten Stand seit 2008.

Auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich in den vergangenen Monaten eine allmähliche Stabilisierung ab. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten in den ersten Monaten des Jahres zunächst eine Seitwärtsbewegung. Im weiteren Jahresverlauf könnte die Arbeitslosigkeit im Zuge einer Belebung der wirtschaftlichen Aktivität wieder sinken und die Beschäftigung zunehmen. Im Jahresdurchschnitt 2026 dürfte die Arbeitslosenquote damit nur leicht auf rund 6,2 % zurückgehen (nach 6,3 % im Jahr 2025). Für das Jahr 2027 wird dann ein deutlicherer Rückgang der Arbeitslosenquote auf unter 6,0 % erwartet. Auch die Zahl der Erwerbstätigen dürfte wieder stärker steigen.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihren Prognosen davon aus, dass der Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland 2026 mit +1,8 % bis +2,2 % ähnlich ausfallen wird wie im Vorjahr und im Folgejahr mit +2,0 % bis +2,4 % etwas höher liegen dürfte. Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität könnte tendenziell preiserhöhend wirken. Angesichts der Bedeutung der Energiepreise für die allgemeine Preisentwicklung hängt die Inflation allerdings in besonderem Maße vom weiteren Verlauf des aktuellen Nahostkonflikts ab.

Trotz eines Rückgangs um 8 % gegenüber dem Vormonat lag die Zahl der Unternehmensinsolvenzen zu Jahresbeginn 2026 weiterhin auf einem hohen Niveau. Darauf weist der IWH-Insolvenztrend hin, der 4 % über dem Wert des Vorjahresmonats und 54 % über dem durchschnittlichen Januarwert der Vor-Corona-Jahre 2016 bis 2019 lag. Die vom IWH erhobenen Frühindikatoren deuten darauf hin, dass sich das Insolvenzgeschehen in den kommenden Monaten auf hohem Niveau stabilisieren dürfte.

Auch zu Jahresbeginn 2026 bleiben alle Einschätzungen zu den wirtschaftlichen Aussichten mit einer hohen Unsicherheit behaftet. Zu den bestehenden Risiken – insbesondere dem Krieg in der Ukraine und internationalen Handelskonflikten – sind weitere geopolitische Spannungen hinzugekommen. Darüber hinaus steht die deutsche Wirtschaft weiterhin vor strukturellen Herausforderungen. Wie sich die Entwicklungen im Nahen Osten auf die Weltwirtschaft, insbesondere auf den Ölpreis und internationale Transportwege, auswirken werden, dürfte sich erst in den kommenden Monaten zeigen. Entsprechend lassen sich auch die möglichen Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft derzeit noch nicht abschließend abschätzen.

„Konjunktur kommt nicht vom Fleck“ lautet der Titel des Frühjahrs-Konjunkturberichts 2026 der IHK Ostwestfalen zu Bielefeld. Quintessenz der Umfrage ist, dass geopolitische Unsicherheiten, hohe Standortkosten und eine schwache Inlandsnachfrage auch viele in Ostwestfalen ansässigen Betriebe belasten. Angesichts angekündigter Reformen der Bundesregierung ist der Blick nach vorne zumindest teilweise optimistischer als noch im Herbst: Gut jedes vierte Unternehmen rechnet mit einer Verbesserung der Wirtschaftslage. Die Umfrage unterstreicht die strukturellen Belastungen: Als Geschäftsrisiken nennen die Unternehmen nicht nur die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (71 %), sondern auch strukturelle Faktoren wie gestiegene Arbeitskosten (65 %) und hohe Energiepreise (40 %). Die schwache Nachfrage im Inland (59 %) bleibt ebenfalls ein Problem. Das Fazit der IHK lautet: Wer unseren Wohlstand sichern will, muss konsequent an den Standortfaktoren arbeiten.

Im bisherigen Jahr 2026 haben sich die Zinsen am Geldmarkt leicht erhöht. Am Kapitalmarkt war bei den zehnjährigen Bundesanleihen ebenfalls ein leichter Anstieg der Renditen festzustellen. Die Renditen der 10-Jährigen Bundesanleihen lagen zum Jahresbeginn bei 2,85 % und am Tag der Aufstellung dieses Lageberichts bei 3,05 %.

Die Deutsche Bundesbank erwartet, dass das Geschäftsumfeld der deutschen Kreditinstitute weiterhin herausfordernd bleibt. Sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Faktoren könnten zu erhöhten Risiken im Kreditgeschäft führen. Insbesondere eine anhaltende wirtschaftliche Schwächephase dürfte die Wahrscheinlichkeit von Kreditausfällen erhöhen und damit die Ertragslage der Institute beeinträchtigen. Darüber hinaus sieht die Bundesbank die Kreditwirtschaft mit steigenden Kosten konfrontiert. Diese ergeben sich neben möglichen Belastungen aus Kreditrisiken insbesondere aus zusätzlichen Investitionserfordernissen im Bereich der IT- und Cybersicherheit infolge der fortschreitenden Digitalisierung sowie der zunehmenden Bedrohungslage im Cyberraum.

Auch wenn zuletzt teilweise wieder eine höhere Kreditnachfrage zu beobachten ist, stehen dieser Entwicklung restriktivere Kreditvergaberichtlinien gegenüber. Diese sind vor allem auf eine gesunkene Risikotoleranz der Institute sowie auf gestiegene Kreditrisiken zurückzuführen.

Eine Einschätzung zur Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft unterliegt den gleichen Unsicherheiten wie die Prognose zur Wirtschaftsentwicklung. Vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Gesamtsituation kann es zu einem Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft kommen.

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Sie stellen unsere Einschätzungen der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind bzw. sich möglicherweise Veränderungen der zugrundeliegenden Annahmen ergeben, können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

Der Prognosezeitraum umfasst das auf den Bilanzstichtag folgende Geschäftsjahr. Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen. Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

5.2.2. Geschäftsentwicklung

Auf Basis der stabileren Zinssätze und der moderat gestiegenen Kreditnachfrage planen wir für 2026, die Bestände im Kundenkreditgeschäft um 1,5 % zu steigern.

Vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung gehen wir für 2026 erneut von einem um 1,5 % höheren Bestand bei unseren bilanzwirksamen Kundeneinlagen aus.

Bei der Durchschnittsbilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr ebenfalls einen leichten Anstieg um 2,7 %.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für 2026 von einem leicht rückläufigen Provisionsüberschuss aus.

5.2.3. Finanzlage

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung rechnen wir damit, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsfähigkeit jederzeit gewährleistet ist und alle bankaufsichtlichen Anforderungen eingehalten werden können.

Für das Jahr 2026 planen wir als größere Investition die Renovierung der Geschäftsstelle in Rietberg. Das Investitionsvolumen beträgt 1,3 Mio. EUR.

5.2.4. Ertrags- und Vermögenslage

Auf Basis von Betriebsvergleichszahlen rechnen wir aufgrund des Zinsumfelds sowie der geplanten Wachstumsannahmen mit einem steigenden Zinsüberschuss. Der Zinsertrag wird sich im Jahr 2026 voraussichtlich um 4,2 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr erhöhen. Der Zinsaufwand wird mit einem Anstieg von lediglich 0,3 Mio. Euro nahezu konstant bleiben. Das Zinsergebnis aus Zinsswaps wird sich im Jahr 2026 im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich um 1,8 Mio. EUR reduzieren und auf 0,0 Mio. EUR fallen. Insgesamt führen die Entwicklungen zu einem um 2,1 Mio. EUR höheren Zinsüberschuss.

Beim Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem leicht rückläufigen Ergebnis i.H.v. 25,8 Mio. EUR aus.

Der geplante Sachaufwand wird im Jahr 2026 voraussichtlich deutlich um 1,6 Mio. EUR steigen. Hierin enthalten ist die geplante größere Investition in die Renovierung der Geschäftsstelle in Rietberg. Der geplante Personalaufwand wird aufgrund zu erwartender Tarifsteigerungen und geplanter Fluktuationsentwicklungen ansteigen und liegt im Jahr 2026 um 1,1 Mio. EUR über dem Ergebnis von 2025.

Insgesamt ergibt sich unter Berücksichtigung der vorangestellten Annahmen für das Jahr 2026 ein um 1,2 Mio. EUR sinkendes Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 1,08 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von ca. 3,7 Mrd. EUR.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung und wirtschaftlichen Herausforderungen nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Bei der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft 2026 erwarten wir vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit -6,0 Mio. EUR ein spürbar negatives Bewertungsergebnis auf einem leicht höheren Niveau als im Jahr 2025.

Bei den Wertpapiereigenanlagen rechnen wir aufgrund des Pull-to-par-Effekts auch im nächsten Jahr mit einem leicht positiven Bewertungsergebnis von 2,5 Mio. EUR. Für das Beteiligungsportfolio können Risiken nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Diese würden sich im sonstigen Bewertungsergebnis auswirken.

Für das Ergebnis nach Steuern in Prozent der Durchschnittsbilanzsumme (ohne Veränderung der Reserven nach § 340f und § 340g HGB) erwarten wir einen deutlichen Rückgang auf 0,62 % der DBS. Der strategische Zielwert von 0,50 % wird damit eingehalten.

Bei der CIR erwarten wir für 2026 ein Verhältnis von 56,9 % und damit einen leicht höheren Wert als im Jahr 2025. Der strategische Zielwert von maximal 60,0 % würde damit erfüllt werden.

Die intern festgelegte Mindest-Gesamtkapitalquote in Höhe von 14,3 % wird mit einem voraussichtlichen Wert von 17,2 % deutlich überschritten.

Insbesondere bei einer weiteren konjunkturellen Abschwächung könnten sich gleichwohl weitere Belastungen für die künftige Ergebnis- und Kapitalentwicklung ergeben. Daneben könnten sich Unsicherheiten aufgrund eines länger anhaltenden Konfliktes im Nahen Osten mit nicht zu prognostizierenden Auswirkungen auf die Inflations-, Zins- und Wirtschaftsentwicklung negativ auf unsere Ertrags- und Vermögenslage auswirken.

Des Weiteren können sich aufgrund regulatorischer Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel III-Regelungen, Meldewesen) weitere Belastungen ergeben, die sich auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse negativ auswirken können.

5.3. Gesamtaussage

Die Prognose für das Geschäftsjahr 2026 lässt insgesamt erkennen, dass sich die Ertragslage der Sparkasse auf einem zufriedenstellenden Niveau stabilisieren wird.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage sollte eine weitere Stärkung der Eigenmittel gesichert sein.

Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2026 beurteilen wir in Bezug auf die aufgezeigten Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der von uns erwarteten Entwicklung dieser Bedingungen und unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zusammengefasst als zufriedenstellend.

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir trotz weiterhin herausfordernder Rahmenbedingungen davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtlichen Kennziffern gewährleistet sind. Das aktuelle Zinsniveau stärkt derzeit und mit Blick in die Zukunft die Ertrags- und Vermögenslage unserer Sparkasse.

Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung (Fachkräftemangel, Anstieg der Insolvenzquoten, politische Unsicherheiten, fragile Lieferketten und Klimakrise) können die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung hinsichtlich des Eintreffens der für die bedeutsamsten Leistungsindikatoren getroffenen Prognosen, ggf. über das bereits in unserem internen Reporting enthaltene Ausmaß hinaus negativ beeinflussen. Ebenso lassen sich die Auswirkungen aus derzeitigen Krisen in der Ukraine, in Nahost sowie durch die amerikanische Zollpolitik gegenwärtig noch nicht abschließend beurteilen und können zu einer abweichenden Entwicklung führen. Weitere Unsicherheiten ergeben sich für unsere Prognose aus der Entwicklung der Inflationsrate und der Zinsstruktur.

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2025

verkürzte Fassung

der	**Sparkasse Gütersloh-Rietberg-Versmold**
Sitz	**Gütersloh**
eingetragen beim Amtsgericht	**Gütersloh**
Handelsregister-Nr.	**HRA 4109**

Der vollständige Jahresabschluss wurde von der Prüfungsstelle des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe, Münster, mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen und im Unternehmensregister veröffentlicht.

Anmerkungen gem. § 322 Abs. 3 Satz 2 HGB wurden nicht gemacht.

Aktivseite

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2025

			EUR	EUR	EUR	31.12.2024 TEUR
1.	**Barreserve**					
	a) Kassenbestand			20.757.284,55		22.985
	b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			28.966.087,71		42.139
					49.723.372,26	65.123
2.	**Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind**					
	a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
	b) Wechsel			0,00		0
					0,00	0
3.	**Forderungen an Kreditinstitute**					
	a) täglich fällig			485.233.364,09		528.863
	b) andere Forderungen			27.270.422,28		36.739
					512.503.786,37	565.601
4.	**Forderungen an Kunden**				2.677.809.346,11	2.593.642
	darunter:					
	durch Grundpfandrechte gesichert	1.129.568.684,65 EUR				(1.153.765)
	Kommunalkredite	113.641.483,33 EUR				(102.051)
5.	**Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere**					
	a) Geldmarktpapiere					
	aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
	ab) von anderen Emittenten		0,00			0
				0,00		0
	b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
	ba) von öffentlichen Emittenten		108.547.355,53			78.091
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	108.547.355,53 EUR				(78.091)
	bb) von anderen Emittenten		101.421.199,28			100.593
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	82.778.606,85 EUR				(76.855)
				209.968.554,81		178.684
	c) eigene Schuldverschreibungen			0,00		0
	Nennbetrag	0,00 EUR				(0)
					209.968.554,81	178.684
6.	**Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**				146.442.440,59	144.826
6a.	**Handelsbestand**				0,00	0
7.	**Beteiligungen**				46.880.883,66	46.171
	darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	3.203.375,00 EUR				(2.975)
8.	**Anteile an verbundenen Unternehmen**				0,00	0
9.	**Treuhandvermögen**				7.789.055,46	9.491
	darunter:					
	Treuhandkredite	7.789.055,46 EUR				(9.491)
10.	**Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch**				0,00	0
11.	**Immaterielle Anlagewerte**					
	a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
	b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			5.466,00		22
	c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
	d) geleistete Anzahlungen			0,00		0
					5.466,00	22
12.	**Sachanlagen**				20.294.276,44	21.102
13.	**Sonstige Vermögensgegenstände**				4.563.892,30	810
14.	**Rechnungsabgrenzungsposten**				190.856,53	356
	Summe der Aktiva				3.676.171.930,53	3.625.829

Passivseite

		EUR	EUR	EUR	31.12.2024 TEUR
1.	**Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**				
	a) täglich fällig		1.161.803,69		4.388
	b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		275.871.941,40		288.004
				277.033.745,09	292.393
2.	**Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**				
	a) Spareinlagen				
	aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist				
	von drei Monaten	125.802.477,06			136.972
	ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist				
	von mehr als drei Monaten	12.346.048,72			12.531
			138.148.525,78		149.503
	b) andere Verbindlichkeiten				
	ba) täglich fällig	2.119.019.355,34			1.946.526
	bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	606.562.126,37			718.183
			2.725.581.481,71		2.664.709
				2.863.730.007,49	2.814.212
3.	**Verbriefte Verbindlichkeiten**				
	a) begebene Schuldverschreibungen		14.053.482,80		16.082
	b) andere verbriefte Verbindlichkeiten		0,00		0
				14.053.482,80	16.082
3a.	**Handelsbestand**			0,00	0
4.	**Treuhandverbindlichkeiten**			7.789.055,46	9.491
	darunter:				
	Treuhandkredite 7.789.055,46 EUR				(9.491)
5.	**Sonstige Verbindlichkeiten**			3.710.106,49	4.145
6.	**Rechnungsabgrenzungsposten**			127.063,41	91
7.	**Rückstellungen**				
	a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		32.491.138,11		33.589
	b) Steuerrückstellungen		397.516,75		8.484
	c) andere Rückstellungen		11.996.578,56		13.635
				44.885.233,42	55.708
8.	**(weggefallen)**				
9.	**Nachrangige Verbindlichkeiten**			0,00	0
10.	**Genussrechtskapital**			0,00	0
11.	**Fonds für allgemeine Bankrisiken**			300.979.000,00	271.179
12.	**Eigenkapital**				
	a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
	b) Kapitalrücklage		0,00		0
	c) Gewinnrücklagen				
	ca) Sicherheitsrücklage	162.526.881,43			161.226
	cb) andere Rücklagen	0,00			0
			162.526.881,43		161.226
	d) Bilanzgewinn		1.337.354,94		1.301
				163.864.236,37	162.527
Summe der Passiva				3.676.171.930,53	3.625.829

				31.12.2024 TEUR
1.	**Eventualverbindlichkeiten**			
	a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	0,00		0
	b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	46.581.159,52		48.923
	c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0,00		0
			46.581.159,52	48.923
2.	**Andere Verpflichtungen**			
	a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0,00		0
	b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0,00		0
	c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	153.031.453,29		154.899
			153.031.453,29	154.899

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

			EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2024 TEUR
1.	**Zinserträge aus**					
	a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		81.792.495,95			86.755
	darunter:					
	aus der Abzinsung von Rückstellungen	227.200,43 EUR				(11)
	b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		4.022.568,74			3.222
				85.815.064,69		89.977
2.	**Zinsaufwendungen**			26.085.988,80		33.622
	darunter:					
	abgesetzte positive Zinsen	44.023,54 EUR				(52)
	aus der Aufzinsung von Rückstellungen	31.510,00 EUR				(237)
					59.729.075,89	56.355
3.	**Laufende Erträge aus**					
	a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			4.449.273,01		4.541
	b) Beteiligungen			1.748.388,29		1.323
	c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			0,00		0
					6.197.661,30	5.865
4.	**Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen**				0,00	0
5.	**Provisionserträge**			29.267.623,82		27.058
6.	**Provisionsaufwendungen**			2.909.089,67		2.486
					26.358.534,15	24.572
7.	**Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands**				0,00	0
8.	**Sonstige betriebliche Erträge**				5.402.132,09	4.163
	darunter:					
	aus der Fremdwährungsumrechnung	98.963,36 EUR				(86)
9.	**(weggefallen)**					
					97.687.403,43	90.955
10.	**Allgemeine Verwaltungsaufwendungen**					
	a) Personalaufwand					
	aa) Löhne und Gehälter		26.483.576,34			25.771
	ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		7.933.692,72			7.800
	darunter:					
	für Altersversorgung	2.638.825,10 EUR				(2.807)
				34.417.269,06		33.571
	b) andere Verwaltungsaufwendungen			16.235.458,98		16.201
					50.652.728,04	49.772
11.	**Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen**				1.880.127,43	4.483
12.	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**				1.192.130,47	781
13.	**Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft**			3.030.090,97		185
14.	**Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft**			0,00		0
					3.030.090,97	185
15.	**Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere**			416.005,76		0
16.	**Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren**			0,00		360
					416.005,76	360
17.	**Aufwendungen aus Verlustübernahme**				0,00	0
18.	**Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken**				29.800.000,00	23.200
19.	**Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit**				10.716.320,76	12.895
20.	**Außerordentliche Erträge**			0,00		0
21.	**Außerordentliche Aufwendungen**			0,00		0
22.	**Außerordentliches Ergebnis**				0,00	0
23.	**Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**			9.337.916,85		11.550
24.	**Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen**			41.048,97		44
					9.378.965,82	11.594
25.	**Jahresüberschuss**				1.337.354,94	1.301
26.	**Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr**				0,00	0
					1.337.354,94	1.301
27.	**Entnahmen aus Gewinnrücklagen**					
	a) aus der Sicherheitsrücklage			0,00		0
	b) aus anderen Rücklagen			0,00		0
					0,00	0
					1.337.354,94	1.301
28.	**Einstellungen in Gewinnrücklagen**					
	a) in die Sicherheitsrücklage			0,00		0
	b) in andere Rücklagen			0,00		0
					0,00	0
29.	**Bilanzgewinn**				1.337.354,94	1.301

Bericht des Verwaltungsrats

Die Rechtsgrundlage für die Tätigkeit des Verwaltungsrats findet sich im Sparkassengesetz (Nordrhein-Westfalen). Zu den Aufgaben zählt unter anderem, die Grundsatzfragen zur Geschäftspolitik sowie alle Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Sparkasse Gütersloh-Rietberg-Versmold eingehend mit dem Vorstand zu erörtern und zu prüfen. Diesen Aufgaben ist der Verwaltungsrat auch im Jahr 2025 nachgekommen. In regelmäßigen Abständen fanden gemeinsame Sitzungen mit dem Vorstand der Sparkasse statt. Hier wurde der Verwaltungsrat vom Vorstand ausführlich über die Geschäftsentwicklung der Sparkasse, die wirtschaftlichen Verhältnisse, organisatorische Maßnahmen sowie über alle weiteren wichtigen Angelegenheiten informiert.

Der Jahresabschluss 2025 und der Lagebericht 2025 der Sparkasse Gütersloh-Rietberg-Versmold wurden zu Beginn des Jahres 2026 durch die Prüfungsstelle des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe, Münster, geprüft. Da diese Prüfung zu keinerlei Beanstandungen geführt hat, wurde von der Prüfungsstelle im Anschluss an diese Prüfung der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt. Daraufhin hat der Verwaltungsrat den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss 2025 der Sparkasse Gütersloh-Rietberg-Versmold festgestellt und den Lagebericht 2025 gebilligt.

Der Jahresüberschuss der Sparkasse Gütersloh-Rietberg-Versmold lag in Anbetracht der weiterhin schwierigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen im Jahr 2025 mit 1.337.354,94 EUR nur geringfügig über dem Vorjahreswert von 1.301.068,37 EUR. Über die Verwendung des Jahresüberschusses entscheidet nach § 24 Abs. 4 Satz 2 SpkG (Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen) die Vertretung des Trägers auf Vorschlag des Verwaltungsrats der Sparkasse. Der Verwaltungsrat schlägt der Vertretung des Trägers vor, den Jahresüberschuss in voller Höhe der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft waren im Jahr 2025 geprägt von geopolitischen Konflikten sowie von den wirtschaftlichen und politischen Differenzen zwischen den USA, den anderen westlichen Industrieländern und China. Die Zollerhöhungen der USA, die zunächst für erhebliche Unsicherheit und verschiedene Vorzieheffekte sorgten, wurden seit ihrem Inkrafttreten zu einer realen Belastung des Außenhandels, was eine Umleitung von Handelsströmen zur Folge hatte. Die deutsche Industrie hat seit einiger Zeit Probleme mit ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Andere Volkswirtschaften, insbesondere China, legten dagegen vor allem in den für Deutschland zentralen Industriezweigen Automobil, Chemie und Maschinenbau zu. Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten für das Jahr 2026 eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von lediglich +0,8 % bis +1,5 %. Die IHK Ostwestfalen zu Bielefeld betitelt ihren Frühjahrs-Konjunkturbericht 2026 mit „Konjunktur kommt nicht vom Fleck“ und kommt darin zu dem Ergebnis, dass geopolitische Unsicherheiten, hohe Standortkosten und eine schwache Inlandsnachfrage auch viele in Ostwestfalen ansässige Betriebe belasten. Angesichts angekündigter Reformen der Bundesregierung ist der Blick nach vorne zumindest teilweise optimistischer als noch im Herbst 2025.

Das Geschäftsvolumen der Sparkasse Gütersloh-Rietberg-Versmold erhöhte sich unter diesen Rahmenbedingungen im abgelaufenen Jahr 2025 auf 3,8 Mrd. EUR gegenüber 3,7 Mrd. EUR im Vorjahr. Die Sparkasse hat ihre Rolle als verlässlicher Finanzpartner der Region auch im Jahr 2025 erfüllt und zur wirtschaftlichen Entwicklung im Geschäftsgebiet beigetragen.

Der Verwaltungsrat bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie bei den Mitgliedern des Vorstands für ihre im Jahr 2025 geleistete Arbeit sowie ihren persönlichen Einsatz für die Ziele der Sparkasse. Für die Zukunft wünschen wir ihnen alles Gute, viel Erfolg und gute Gesundheit. Ein besonderer Dank gilt dem ehemaligen Vorstandsmitglied Gerold Momann für seine langjährige und verantwortungsvolle Tätigkeit in der Sparkassenorganisation. Bei allen Kunden und Geschäftspartnern der Sparkasse Gütersloh-Rietberg-Versmold bedankt sich der Verwaltungsrat für die gute Zusammenarbeit und das entgegengebrachte Vertrauen.

Gütersloh, 11. Juni 2026

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats

Mario Blomberg